



LAND

OBERÖSTERREICH

# Prüfungsbericht

**der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land  
über die Einschau in die Gebarung**

der Marktgemeinde

**Lambach**

Gem60-111-2011

## Impressum

**Herausgeber:**

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:  
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
Linz, im August 2012

Die Bezirkshauptmannschaft Wels-Land hat mit einigen Unterbrechungen in der Zeit vom 25. Juli 2011 bis 19. Dezember 2011 durch einen Prüfer gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Lambach vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Finanzjahre 2008 bis 2010 und der Voranschlag für das Jahr 2011 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsentwicklung der Marktgemeinde und beinhaltet Feststellungen im Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Marktgemeinde umzusetzen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kurzfassung</b> .....	<b>6</b>
<b>Wirtschaftliche Situation</b> .....	<b>6</b>
Haushaltsentwicklung .....	6
Mittelfristiger Finanzplan .....	6
Finanzausstattung.....	6
Umlagen.....	6
Fremdfinanzierungen .....	7
Rücklagen .....	7
<b>Personal</b> .....	<b>7</b>
<b>Öffentliche Einrichtungen</b> .....	<b>8</b>
Wasserversorgung.....	8
Abwasserbeseitigung.....	8
Abfallbeseitigung.....	8
Kindergarten .....	9
Schülerhort.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
Schülerausspeisung .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
<b>Ausgegliederte Unternehmungen</b> .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
<b>Gemeindevertretung</b> .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
<b>Weitere wesentliche Feststellungen</b> .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
Vermietungen.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
Feuerwehrwesen .....	10
Förderungen .....	10
<b>Außerordentlicher Haushalt</b> .....	<b>10</b>
<b>Die Gemeinde</b> .....	<b>12</b>
<b>Wirtschaftliche Situation</b> .....	<b>13</b>
<b>Mittelfristiger Finanzplan</b> .....	<b>14</b>
<b>Finanzausstattung</b> .....	<b>15</b>
<b>Steuerkraft</b> .....	<b>15</b>
<b>Steuern, Abgaben</b> .....	<b>15</b>
Grundsteuerbefreiungen .....	15
Kommunalsteuer.....	15
Steuer- und Gebührenrückstände .....	15
<b>Umlagen</b> .....	<b>17</b>
<b>Fremdfinanzierungen</b> .....	<b>18</b>
<b>Darlehen</b> .....	<b>18</b>
<b>Leasing</b> .....	<b>18</b>
<b>Kassenkredit</b> .....	<b>19</b>
<b>Haftungen</b> .....	<b>19</b>
<b>Rücklagen</b> .....	<b>19</b>
<b>Personal</b> .....	<b>20</b>
<b>Personalausgaben</b> .....	<b>20</b>
<b>Dienstpostenplan</b> .....	<b>20</b>
<b>Sonstige Feststellungen</b> .....	<b>21</b>
Weihnachtsgutscheine.....	21
<b>Öffentliche Einrichtungen</b> .....	<b>22</b>

<b>Wasserversorgung</b> .....	<b>22</b>
<b>Abwasserbeseitigung</b> .....	<b>24</b>
<b>Abfallbeseitigung</b> .....	<b>26</b>
<b>Kinderbetreuungseinrichtungen</b> .....	<b>27</b>
Kindergarten und Krabbelstube .....	27
Nachmittagsbetreuung der Volksschüler .....	28
Essen auf Rädern .....	29
<b>Freibad</b> .....	<b>30</b>
<b>Weitere wesentliche Feststellungen</b> .....	<b>31</b>
<b>Mietverträge</b> .....	<b>31</b>
<b>Druckgeräte</b> .....	<b>31</b>
<b>Straßenbeleuchtung</b> .....	<b>31</b>
<b>Gemeindevertretung</b> .....	<b>31</b>
<b>Gemeinderat und Gemeindevorstand</b> .....	<b>31</b>
<b>Gemeindeinterne Prüfungen</b> .....	<b>32</b>
<b>Aufwandsentschädigung und Sitzungsgelder</b> .....	<b>32</b>
<b>Förderungen</b> .....	<b>32</b>
<b>Gebärgsdarstellung und -abwicklung</b> .....	<b>32</b>
<b>Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben</b> .....	<b>32</b>
<b>Versicherungen</b> .....	<b>33</b>
<b>Feuerwehrwesen</b> .....	<b>33</b>
<b>Außerordentlicher Haushalt</b> .....	<b>34</b>
<b>Erweiterung, Sanierung und Adaptierung der Hauptschulen 1 und 2</b> .....	<b>34</b>
<b>Errichtung eines Zubaus beim Kindergarten</b> .....	<b>34</b>
<b>Sanierung und Umbau des alten Kindergartens</b> .....	<b>34</b>
<b>Sanierung Garderobentrakt Freibad</b> .....	<b>35</b>
<b>Schlussbemerkung</b> .....	<b>36</b>

# Kurzfassung

## Wirtschaftliche Situation

### Haushaltsentwicklung

Im Überprüfungszeitraum weisen alle Rechnungsabschlüsse ein positives Gesamtergebnis aus. Die Gesamteinnahmen verzeichneten in den Jahren 2008 bis 2010 einen Anstieg von rd. 145.800 Euro bzw. um 2,79 %. Mehreinnahmen sind hauptsächlich bei den Gebühren und Tarifen sowie beim Kindergarten/Krabbelstube zu verzeichnen. Hingegen ist die Steuerkraft um rund 148.300 Euro zurückgegangen.

Die Gesamtausgaben stiegen in diesem Zeitraum etwas geringer. Die Mehrausgaben machten rd. 137.200 Euro bzw. 2,65 % aus. Diese wurden ausschließlich durch den starken Anstieg der Pflichtausgaben verursacht.

Trotz der stark gestiegenen Pflichtausgaben konnten in den Jahren 2008 bis 2010 außer den Interessentenbeiträgen dem außerordentlichen Haushalt noch Geldmittel in der Höhe von insgesamt rund 562.500 Euro zugeführt, sowie Rücklagen in Höhe von 616.200 Euro gebildet werden. Dies war auf Grund

- der laufenden Transferzahlungen der ehemaligen Gemeindesparkasse in Höhe von insgesamt 630.000 Euro,
  - der bei den Betrieben der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und der Abfallbeseitigung erwirtschafteten Überschüsse von zusammen rd. 477.600 Euro sowie
  - der im ordentlichen Haushalt verbliebenen Interessenten- und Anschließungsbeiträgen von zusammen 180.000 Euro
- möglich.

### Mittelfristiger Finanzplan

Dieser weist für den Zeitraum 2011 bis 2014 jährlich eine positive Budgetspitze aus. Laut Vorschlag ergibt sich im Jahr 2011 eine Budgetspitze von 195.000 Euro. Diese steigt im Haushaltsjahr 2012 auf 206.500 Euro an, geht im Jahr 2013 auf 50.100 Euro zurück und erhöht sich im Jahr 2014 voraussichtlich wiederum auf 118.800 Euro. Das negative Maastricht-Ergebnis im Jahr 2011 in Höhe von 22.800 Euro dreht im Jahr 2012 deutlich ins Plus (386.200 Euro). Laut Planungsrechnung sollte auch in den Jahren 2013 und 2014 ein positives Ergebnis möglich sein.

Im außerordentlichen Haushalt prognostiziert der Mittelfristige Finanzplan für den Planungszeitraum ein positives Ergebnis von insgesamt 82.400 Euro. Das größte Bauvorhaben ist der "Ausbau der Doppelhauptschule". Alleine dafür sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 757.700 Euro vorgesehen. Dafür soll ein Darlehen im Umfang von 725.000 Euro aufgenommen werden.

### Finanzausstattung

Im Jahr 2010 rangierte die Marktgemeinde Lambach mit ihrer Finanzkraft im Vergleich mit allen öö. Gemeinden an 151. Stelle und nahm innerhalb des Bezirkes Wels-Land den 11. Platz ein. Dies bedeutet eine Verschlechterung um 14 bzw. 3 Plätze gegenüber dem Jahr 2005. Die Marktgemeinde ist nach wie vor stark von den Bundesabgaben-Ertragsanteilen abhängig. Der Anteil der Gemeindeabgaben an der Steuerkraft war in den Jahren 2008 bis 2010 relativ stabil bei ca. 28 %.

Im Überprüfungszeitraum haben sich die Einnahmen aus den Gemeindeabgaben geringfügig von 874.765 Euro auf 841.026 Euro bzw. um 3,86 % verringert. Dies ist ausschließlich auf den Rückgang bei den Kommunalsteuereinnahmen in Höhe von 40.400 Euro bzw. 6,21 % zurückzuführen.

Auch die Einnahmen aus den "klassischen" Bundesabgaben-Ertragsanteilen waren im Haushaltsjahr 2010 geringer als im Jahr 2008. Die Differenz beträgt 114.500 Euro oder 4,96 %.

### Umlagen

Die Geldleistungen, welche die Marktgemeinde für die Sozialhilfverbandsumlage, den Rettungsbeitrag, die Bezirksabfallverbandsumlage, den Krankenanstaltenbeitrag, die Landesumlage und den Tierkörperverwertungsbeitrag zu erbringen hatte, lagen im Haushaltsjahr 2008 bei

rd. 1.385.200 Euro und erhöhten sich bis zum Jahr 2010 kontinuierlich auf rd. 1.543.370 Euro. In dem angegebenen Zeitraum stiegen daher diese Pflichtausgaben um rd. 158.170 Euro bzw. 11,4 % an. Ein Großteil dieser Steigerung entfällt auf die Sozialhilfverbandsumlage. Alleine bei dieser sind Mehrausgaben von 91.170 Euro oder 13,5 % zu verzeichnen. Der Krankenanstaltenbeitrag schlägt sich mit 80.710 Euro negativ zu Buche. Nur bei der Landesumlage ergab sich im Überprüfungszeitraum eine Reduzierung in Höhe von 16.450 Euro. Dies ist auf die niedrigeren Einnahmen aus den Bundesabgaben-Ertragsanteilen zurückzuführen.

Der Anteil an der Steuerkraft der Marktgemeinde lag im Jahr 2008 bei rund 43,3 %. Durch den Rückgang der Steuerkraft in den Jahren 2009 und 2010 sowie dem weiteren Anstieg der Pflichtausgaben erhöhte sich der Anteil auf 48,87 % bzw. 50,87 %. Laut Voranschlag setzt sich diese Tendenz im Haushaltsjahr 2011 fort. Auf Grund der präliminierten Einnahmen und Ausgaben ergibt sich sogar ein Anteil von 51,39 %.

## Fremdfinanzierungen

### Darlehen

Der Gesamtschuldenstand, inkl. der derzeit nicht belastenden Investitionsdarlehen des Landes Oberösterreich, betrug zum Ende des Haushaltsjahres 2010 rund 3,23 Mio. Euro. Davon entfallen rund 73,6 % auf die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit. Die restlichen 26,4 %, oder 852.585 Euro, nahm die Marktgemeinde für die Sanierung der Hauptschulen, den Kindergartenneubau sowie für die Sanierung des Garderobentraktes im Freibad auf.

Im ordentlichen Haushalt wurde im Jahr 2010 ein Netto-Betrag von 204.825 Euro für Darlehensrückzahlungen und -zinsen als Ausgabe verbucht. Dies entspricht 6,7 % der Steuerkraft. Die tatsächliche Belastung ist geringer, da die Rückzahlung der Wasser- und Kanalbaudarlehen vollständig durch Gebühreneinnahmen abgedeckt ist. Aus heutiger Sicht wird der Aufwand für die aufgenommenen Bankdarlehen in den Jahren 2011 und 2012 um bis zu 44 % steigen. Dies ist auf die einsetzenden Darlehenstilgungen, die für die Sanierung der Doppelhauptschule aufgenommen wurden, zurückzuführen. Durch die vollständige Rückzahlung von drei Darlehen in den Jahren 2012 und 2013 reduzieren sich in den Folgejahren die Darlehensannuitäten.

Die Darlehenszinssätze sind, bis auf fünf ehemalige Wasserwirtschaftsfonds-Darlehen, an einen Index gebunden. Mit Ausnahme des für den Wasserleitungsbau BA03 aufgenommenen Darlehens sind die jeweiligen Prozentauf- bzw. -abschläge als günstig zu bezeichnen. Der Zinssatz für dieses Darlehen beträgt derzeit 3,125 % (= 3/8 % über der Sekundärmarktrendite der Anleihen, gerundet auf 1/8 %). Diese Kondition ist schon seit längerem nicht mehr marktkonform.

Mit dem betroffenen Kreditinstitut sind diesbezüglich Verhandlungen aufzunehmen.

### Rücklagen

Im Finanzjahr 2010 konnte einerseits den bestehenden Rücklagen aus dem ordentlichen Haushalt ein Betrag von insgesamt 296.200 Euro zugeführt werden und andererseits wurden vom Rücklagenbestand 107.586 Euro zur Finanzierung außerordentlicher Vorhaben verwendet. Somit verfügte die Marktgemeinde zum Jahresende 2010 über einen Rücklagenbestand von insgesamt 659.873 Euro. Seit Jahren wird der Rücklagenbestand zur Gänze zur Verstärkung des Girokontos herangezogen.

## Personal

Die Personalausgaben sind seit dem Jahr 2008 geringfügig um 1,56 % bzw. 23.520 Euro gestiegen und betragen im Jahr 2010 1.490.900 Euro. Dies ist auf Personalreduzierungen in der Hauptverwaltung, Reinigung und Bauhof zurückzuführen. Andererseits kam es beim Kindergarten durch die Schaffung einer Krabbelstübengruppe zu einer Personalaufstockung.

Von den ordentlichen Einnahmen mussten 25,66 % für die Besoldung des Personals herangezogen werden. Dieser Prozentsatz ist in den letzten Jahren konstant.

Da der Anteil des Personalaufwands an den Einnahmen des ordentlichen Haushalts mehr als 25 % beträgt, bedarf jede Änderung des Dienstpostenplans der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.

In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 2.501 bis 3.500 können nach den geltenden Richtlinien in der Hauptverwaltung bis zu neun vollbeschäftigte Dienstposten geschaffen werden. Im Voranschlag für das Jahr 2011 ist der Dienstpostenplan für die Allgemeine Verwaltung entspre-

chend dem Personalstand mit 9,5 Personaleinheiten festgesetzt worden. Die Überschreitung des in den Dienstpostenplanverordnungen festgelegten Rahmens kann auf Grund der umfangreichen Gemeindeinfrastruktur und dem daraus resultierenden vermehrten Arbeitsanfall akzeptiert werden.

## **Öffentliche Einrichtungen**

### **Wasserversorgung**

Die benötigte Wassermenge wird ausschließlich von einem Wasserdienstleistungsunternehmen bezogen. Im Kalenderjahr 2010 waren dies 174.854 Kubikmeter. Im Wasserlieferungsvertrag aus dem Jahr 1993 verpflichtet sich die Marktgemeinde Lambach Wasser in der Bestellmenge von 1.165 m<sup>3</sup> pro Tag abzunehmen. Weiters hat sie eine Bezugsanwartschaft von bis zu 665 m<sup>3</sup> pro Tag. Da im Überprüfungszeitraum der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Tag nur ca. 500 m<sup>3</sup> betrug, sind die im Wasserlieferungsvertrag vereinbarten Wasserbezugsmengen von insgesamt 1.830 m<sup>3</sup> pro Tag viel zu hoch. Auf diesen Umstand wurde schon bei der letzten Gebärungsprüfung hingewiesen. Es hat auch diesbezüglich Gespräche mit dem Wasserdienstleistungsunternehmen gegeben. Der Wunsch der Marktgemeinde auf Reduzierung der Bestellmenge bzw. der Bezugsanwartschaft wurde abgelehnt. Begründet wurde dies mit dem Wasserlieferungsvertrag aus dem Jahr 1993. Da seit diesem Zeitpunkt weitere Gemeinden zum Wasserverband dazugekommen sind bzw. andere Gemeinde ihre Kontingente aufgestockt haben, müsste eine Reduzierung bei der Marktgemeinde Lambach möglich sein.

Es sind daher nochmals, allenfalls mit ohnehin zur Verfügung stehender rechtsfreundlicher Unterstützung oder mit Unterstützung der Interessensvertretung, Verhandlungen mit dem Wasserdienstleistungsunternehmen zu führen.

Der laufende Betrieb der Wasserversorgung erwirtschaftete in den Jahren 2008 bis 2010 einen Überschuss von insgesamt rund 130.130 Euro, wobei die Jahresüberschüsse kontinuierlich anstiegen.

An Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen wurden in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt ca. 180.100 Euro eingenommen. Davon wurde ein Betrag von insgesamt 21.600 Euro für die Investitionen im ordentlichen Haushalt und für die Zuführungen zur Wasserversorgungsrücklage verwendet. Die restlichen rund 158.500 Euro wurden zur Verstärkung des ordentlichen Haushaltes herangezogen.

Da es sich bei den Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen um zweckgebundene Einnahmen handelt, sind diese ausschließlich für die Finanzierung der Bauvorhaben, für die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage oder für die vorzeitige Tilgung von Darlehen zu verwenden.

### **Abwasserbeseitigung**

Der laufende Betrieb der Abwasserbeseitigung, in dem die Rücklagenzuführungen sowie die vereinnahmten Interessentenbeiträge nicht berücksichtigt sind, verzeichnete im Überprüfungszeitraum einen Überschuss in Höhe von insgesamt rund 339.600 Euro. Auch bei dieser öffentlichen Einrichtung entwickelten sich die Betriebsergebnisse in den letzten Jahren positiv. Vom Gesamtüberschuss wurden 227.000 Euro der Abwasserbeseitigungsrücklage zugeführt, die restlichen 112.600 Euro dienten der Verstärkung des ordentlichen Haushaltes.

An Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen wurden in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt ca. 317.000 Euro eingenommen. Davon wurde ein Betrag von 69.400 Euro den Bauvorhaben im außerordentlichen Haushalt zugeführt. Die restlichen 247.600 Euro verblieben ebenfalls im ordentlichen Haushalt. Diesbezüglich wird auf den Hinweis beim Kapitel "Wasserversorgung" verwiesen.

Im Überprüfungszeitraum lukrierte somit der ordentliche Haushalt aus dem Betrieb der Abwasserbeseitigung zusätzliche Mittel in der Höhe von insgesamt 360.200 Euro.

### **Abfallbeseitigung**

Der Betrieb der Abfallbeseitigung erwirtschaftete in den Jahren 2008 bis 2010 einen Überschuss in der Höhe von insgesamt 7.806 Euro. Auf Grund diverser Kostensteigerungen (z.B. Transportkosten, Entsorgungstarife, Sperrmüllabfuhr) war das Betriebsergebnis im Haushaltsjahr 2008 nur geringfügig positiv. Die Marktgemeinde reagierte darauf mit einer ca. 6 %-igen Gebührenanpassung, die im 2. Quartal 2009 in Kraft trat. Dennoch ergab sich im Jahr 2009 ein

Abgang von 438 Euro. Durch die Mehreinnahmen bei den Abfallgebühren konnte dann im Haushaltsjahr 2010 wieder ein Überschuss erwirtschaftet werden. Auf Grund der bekanntgegebenen Indexanpassung diverser Ausgaben erfolgte im 2. Quartal 2011 eine weitere Gebührenanpassung

### Kindergarten

Die Marktgemeinde Lambach betreibt eine fünfgruppige Kinderbetreuungseinrichtung. Diese verfügt über vier Kindergartengruppen und seit September 2009 über eine Krabbelstübchengruppe. Die Kinderbetreuungseinrichtung wird mit Mittagsbetrieb geführt. Im Kalenderjahr 2010 besuchten durchschnittlich 97 Kinder diese Einrichtung.

In den Haushaltsjahren 2008 bis 2010 leistete die Marktgemeinde zum laufenden Betrieb dieser Kinderbetreuungseinrichtung Zuschüsse aus dem allgemeinen Budget von durchschnittlich 96.600 Euro pro Jahr. Das Beschäftigungsausmaß des Kindergartenpersonals wird den Erfordernissen angepasst. Die Reinigungsarbeiten wurden an eine Fremdfirma vergeben.

Im Jahr 2010 ist ein Gemeindebeitrag von 101.449 Euro zu verzeichnen. Auf Grund der bereits erwähnten durchschnittlichen Besuchszahl von 97 Kindern in der Krabbelstube und dem Kindergarten ergibt sich ein Gemeindezuschuss in Höhe von 1.046 Euro pro Kind und Jahr.

### Nachmittagsbetreuung der Volksschüler

Die Schülernachmittagsbetreuung in der Volksschule wird seit dem Jahr 2006 von einer privaten Organisation an den Schultagen durchgeführt. Darüber wurde im Jahr 2010 eine neue, unbefristete Vereinbarung abgeschlossen. Die Marktgemeinde verpflichtet sich darin, die benötigten Räumlichkeiten im Volksschulgebäude und den entsprechenden Gartenbereich unentgeltlich zur Verfügung zu stellen sowie die Betriebsabgänge zu übernehmen. Die vom Betreiber vorgelegte Jahresabrechnung 2010 weist Personal- und Sachkosten von insgesamt 11.798 Euro aus. Diese konnten mit den eingenommenen Elternbeiträgen abgedeckt werden. Die monatlichen Tarife für die Nachmittagsbetreuung sind seit der Einführung im Jahr 2006 unverändert. Über diese von der Marktgemeinde eingehobenen Tarife liegt weder eine Tarifordnung noch ein Gemeinderatsbeschluss vor.

Die Tarife für die Nachmittagsbetreuung sind daher umgehend durch eine entsprechende Tarifordnung zu regeln.

Im Jahr 2010 nahmen durchschnittlich 22 Schulkinder die Nachmittagsbetreuung in Anspruch. In der vom Betreiber vorgelegten Jahresabrechnung sind jedoch keine Betriebs-, Instandhaltungs- und Reinigungskosten enthalten.

### Essen auf Rädern

Im Juli 2007 war die Marktgemeinde Lambach gefordert, kurzfristig eine Ersatzlösung zu finden, da die Essenslieferung von dem damit beauftragten Gastwirt binnen einer Woche eingestellt wurde. Die Lösung wurde in einer Kooperation mit dem Bezirksalten- und Pflegeheim sowie einem Taxiunternehmen gefunden.

Über den Essenstransport ist mit dem Taxiunternehmen ein entsprechender Vertrag auszuarbeiten, der die Bedingungen klar regelt und der dann vom Gemeinderat beschlossen wird.

Diese öffentliche Einrichtung verursachte im Überprüfungszeitraum Abgänge von durchschnittlich 7.600 Euro pro Jahr. Von den Essensbeziehern wird pro Portion ein Betrag von 6,50 Euro eingehoben.

Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass privatrechtliche Entgelte grundsätzlich kostendeckend festzusetzen sind.

### Freibad

Im Mai 1998 ging das sanierte bzw. zu einem Erlebnisbad umgestaltete Freibad in Betrieb. Im Frühjahr 2010 musste der Garderobentrakt saniert werden.

Ohne die Darlehenstilgungen und -zinsen belastete der Betrieb dieser öffentlichen Einrichtung den Gemeindehaushalt im Überprüfungszeitraum mit einem durchschnittlichen Abgang in der Höhe von ca. 105.080 Euro. Dazu kommt noch die Belastung aus der Rückzahlung der aufgenommenen Darlehen in Höhe von insgesamt ca. 49.000 Euro. Die anteiligen Verwaltungskosten werden derzeit dieser öffentlichen Einrichtung nicht angelastet.

Zur Erzielung einer Kostenwahrheit sind diese in Zukunft zu verrechnen.

Für die Betreuung der Badeanlage stehen laut Dienstpostenplan drei Bauhofmitarbeiter mit jeweils 0,25 Personaleinheiten zur Verfügung. Obwohl in der Badesaison 2010 ein Bauhofmitarbeiter krankheitsbedingt ausgefallen ist, wurde dennoch ein Viertel seiner Personalkosten dieser Einrichtung angelastet. Wenn das Freibad wetterbedingt geschlossen ist und der dem Freibad zugeteilte Bauhofmitarbeiter in anderen Bereichen eingesetzt wird, laufen seine Personalkosten dennoch auf die Kostenstelle "Freibad".

In Zukunft sind die für das Freibad anfallenden Personalkosten genauer zu erheben.

Für die Kassenaufsicht bzw. kleinere Reinigungsarbeiten wird eine Aushilfskraft herangezogen. In der Badesaison 2010 wurde die Badeaufsicht an den Wochenenden an eine private Organisation vergeben.

Die Badetarife wurden für die Freibadsaison 2011 neu festgelegt und sind generell als angemessen zu bezeichnen.

## **Weitere wesentliche Feststellungen**

### **Straßenbeleuchtung**

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 22. März 2001 beschlossen mit einem Energieversorgungsunternehmen einen Contractingvertrag abzuschließen. Gegenstand des Vertrages ist die Durchführung einer Energieverbrauchsreduzierung. Damit diese erreicht werden kann, wurde ein Maßnahmenkatalog in Höhe von ATS 2.140.249 (155.538 Euro) exkl. MWSt. vereinbart. Dieser Betrag wurde von dem Energieversorgungsunternehmen vorfinanziert, die Tilgung erfolgt in 180 Monatsraten zu ATS 18.025,96 (1.310 Euro) exkl. MWSt. Über die gesamte Laufzeit wurde eine fixe Verzinsung von 6 % vereinbart.

Da dieser vereinbarte Fixzinssatz deutlich über dem aktuellen Zinsniveau der Gemeindedarlehen liegt, ist ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Contractingvertrag zu prüfen.

### **Versicherungen**

Der Gemeindevorstand hat am 14. April 2009 beschlossen, den Versicherungsmakler zu wechseln und den neuen Makler mit der Aktualisierung der Versicherungsverträge zu beauftragen. Durch diese Maßnahme reduzierte sich der Versicherungsaufwand von 51.084,48 Euro auf 37.567,11 Euro. Dies ist eine Ersparnis von 13.517,37 Euro.

### **Feuerwehrwesen**

In der Marktgemeinde gibt es eine Feuerwehr, für deren laufenden Betrieb die Marktgemeinde im Überprüfungszeitraum durchschnittlich rund 38.700 Euro aufgewendet hat. Auf die Einwohnerzahl lt. Volkszählungsergebnis 2001 umgelegt, ergibt dies einen Betrag von 11,91 Euro pro Einwohner und liegt somit im Bezirksdurchschnitt. Ausgaben für Investitionen sind in diesem Zeitraum keine angefallen.

### **Förderungen**

Die Gesamtausgaben für die freiwilligen Aufwendungen beliefen sich im Finanzjahr 2010 auf 129.390,70 Euro, das sind 4,26 % der Steuerkraft und entspricht exakt dem Wert, der bei der letzten Gebärungsprüfung für das Jahr 2005 errechnet wurde.

Auf die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang entfiel ein Betrag von insgesamt 57.779,87 Euro. Diese liegen somit mit 16,69 Euro je Einwohner geringfügig über dem von der Aufsichtsbehörde mit Erlass vom 10. 11. 2005 bekannt gegebenen maximalen Richtsatz von 15 Euro.

Wenngleich die Marktgemeinde Lambach auf eine sehr gute Finanzsituation verweisen kann, wird zu prüfen sein, in welchen Bereichen der freiwilligen Ausgaben eingespart werden kann, um den Förderkriterien der Aufsichtsbehörde zu entsprechen.

## **Außerordentlicher Haushalt**

Bei der Ausschreibung, Abwicklung und Aktenführung der geprüften Vorhaben konnten keine wesentlichen Mängel festgestellt werden.



## Die Gemeinde

Die Marktgemeinde Lambach hatte zum Zeitpunkt der Gebärungseinschau 3.362 Einwohner<sup>1</sup> und ist eine von 24 Gemeinden des Bezirkes Wels-Land. Auf einer Seehöhe von ca. 369 m erstreckt sich die Marktgemeinde auf 3,74 km<sup>2</sup> und ist somit flächenmäßig die kleinste Gemeinde des Bezirkes Wels-Land. Im Gemeindegebiet gibt es 5 Ortschaften, die durch ungefähr 20 km Gemeindestraßen verbunden sind. In der Marktgemeinde Lambach spielt die Landwirtschaft keine bedeutende Rolle (es gibt lediglich drei landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe), dafür ist das Schulwesen sehr ausgeprägt. Trotz der geringen Gemeindegröße kommt ihr auch wirtschaftlich eine gewisse Bedeutung zu. Eine große Herausforderung in der nächsten Zeit ist die Vorbereitung auf die Landesausstellung im Jahr 2016.

Als Großprojekte wurden in den vergangenen Jahren folgende Bauvorhaben realisiert:

- Sanierung der Doppelhauptschule
- Erweiterung des Kindergartens
- Sanierung des Garderobentraktes im Freibad
- Sanierung Kanalaltbestand (Priorität I)

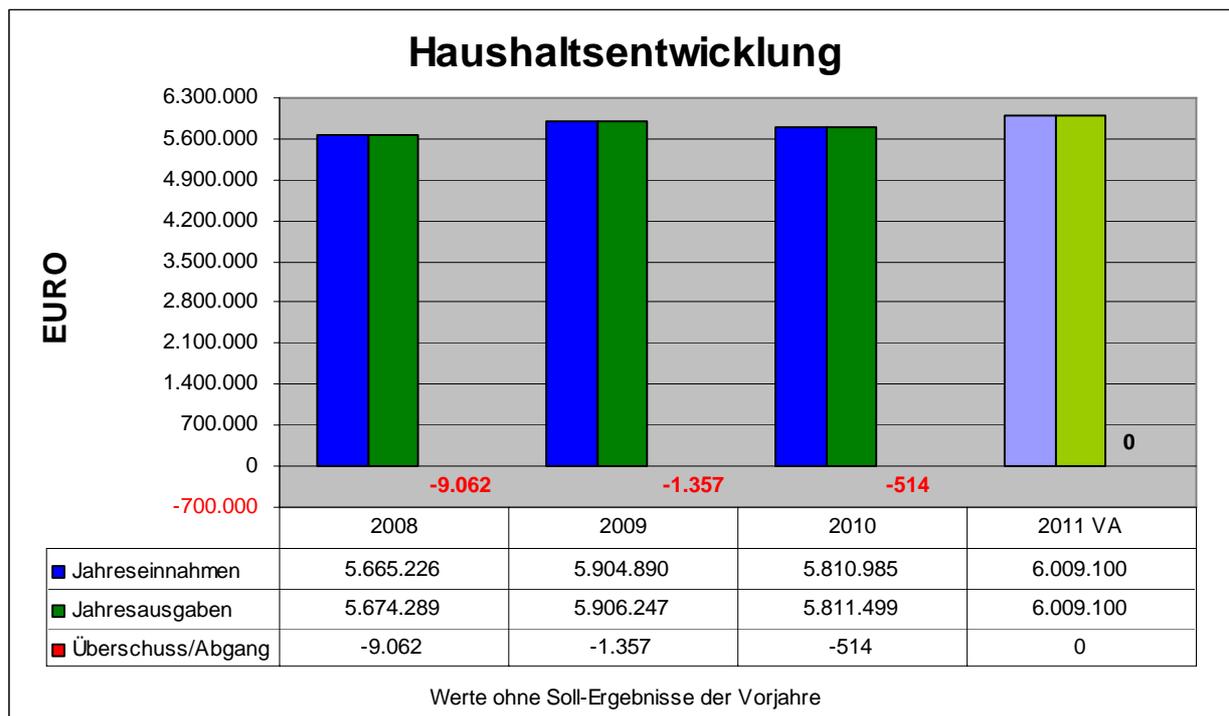
In Zukunft sind Investitionen in folgende Vorhaben geplant:

- Generalsanierung der Volksschule
- Sanierung und Umbau des alten Kindergartens
- Sanierung Kanalaltbestand
- Ortsentwicklung im Rahmen der Landesausstellung 2016

---

<sup>1</sup> lt. Volkszählung 2001: 3.248 Einw., ca. 1.360 Haushalte;  
VZ 1991: 3.432 Einw., zum Stichtag der letzten Gemeinderatswahl: 3.461 Einwohner

## Wirtschaftliche Situation



Im Überprüfungszeitraum weisen alle Rechnungsabschlüsse ein positives Gesamtergebnis<sup>2</sup> aus:

	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Gesamtergebnis	rd. € 2.190	rd. € 830	rd. € 320

Die laufenden Haushaltsergebnisse der vergangenen Jahre, die die Abwicklung der Überschüsse aus den Vorjahren nicht berücksichtigen, waren alle geringfügig negativ (siehe obige Grafik).

Die Gesamteinnahmen verzeichneten in den Jahren 2008 bis 2010 einen Anstieg von rd. 145.800 Euro auf rd. 5.811.000 Euro bzw. um 2,79 %. Mehreinnahmen sind hauptsächlich bei den Gebühren und Tarifen<sup>3</sup> sowie beim Kindergarten/Krabbelstube<sup>4</sup> zu verzeichnen. Hingegen ist die Steuerkraft<sup>5</sup> um rund 148.300 Euro zurückgegangen.

Die Gesamtausgaben stiegen in diesem Zeitraum etwas geringer. Die Mehrausgaben machten rd. 137.200 Euro bzw. 2,65 % aus. Diese wurden ausschließlich durch den starken Anstieg der Pflichtausgaben (näheres dazu im Kapitel "Umlagen" auf Seite 16) verursacht.

Trotz der stark gestiegenen Pflichtausgaben konnten in den Jahren 2008 bis 2010 außer den Interessentenbeiträgen dem außerordentlichen Haushalt noch Geldmittel in der Höhe von insgesamt rund 562.500 Euro zugeführt, sowie Rücklagen in Höhe von 616.200 Euro gebildet werden. Dies war auf Grund

- der laufenden Transferzahlungen der ehemaligen Gemeindesparkasse in Höhe von insgesamt 630.000 Euro,
  - der bei den Betrieben der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und der Abfallbeseitigung erwirtschafteten Überschüsse von zusammen rd. 477.600 Euro sowie
  - der im ordentlichen Haushalt verbliebenen Interessenten- und Anschließungsbeiträgen von zusammen 180.000 Euro
- möglich.

Die Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Finanzjahres 2010 ergibt, ohne die

<sup>2</sup> inkl. der Abwicklung der Vorjahre

<sup>3</sup> + 50.000 Euro

<sup>4</sup> + 68.000 Euro

<sup>5</sup> Gemeindeabgaben und Ertragsanteile: + 233.900 Euro

Abwicklung des Vorjahres-Überschusses<sup>6</sup>, einen Abgang von 513,57 Euro.

Der Voranschlag für das Jahr 2011 wurde im ordentlichen Haushalt ausgeglichen erstellt. Außer den zweckgebundenen Interessentenbeiträgen in Höhe von insgesamt 26.000 Euro können den Bauvorhaben im außerordentlichen Haushalt noch Mittel aus dem ordentlichen Haushalt im Umfang von 118.000 Euro zugeführt werden.

### **Mittelfristiger Finanzplan**

Der in der Gemeinderatssitzung vom 16. Dezember 2010 beschlossene Mittelfristige Finanzplan umfasst die Jahre 2011 bis 2014. Dieser weist für diesen Zeitraum in jedem Jahr eine positive Budgetspitze aus. Laut Voranschlag ergibt sich im Jahr 2011 eine Budgetspitze von 195.000 Euro. Diese steigt im Haushaltsjahr 2012 auf 206.500 Euro an, geht im Jahr 2013 auf 50.100 Euro zurück und erhöht sich im Jahr 2014 voraussichtlich wiederum auf 118.800 Euro. Das negative Maastricht-Ergebnis im Jahr 2011 in Höhe von 22.800 Euro dreht im Jahr 2012 deutlich ins Plus (386.200 Euro). Laut Planungsrechnung sollte auch in den Jahren 2013 und 2014 ein positives Ergebnis<sup>7</sup> möglich sein.

Im außerordentlichen Haushalt prognostiziert der Mittelfristige Finanzplan für den Planungszeitraum ein positives Ergebnis von insgesamt 82.400 Euro<sup>8</sup>. Das größte Bauvorhaben ist der "Ausbau der Doppelhauptschule". Alleine dafür sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 757.700 Euro vorgesehen. Dafür soll ein Darlehen im Umfang von 725.000 Euro aufgenommen werden.

---

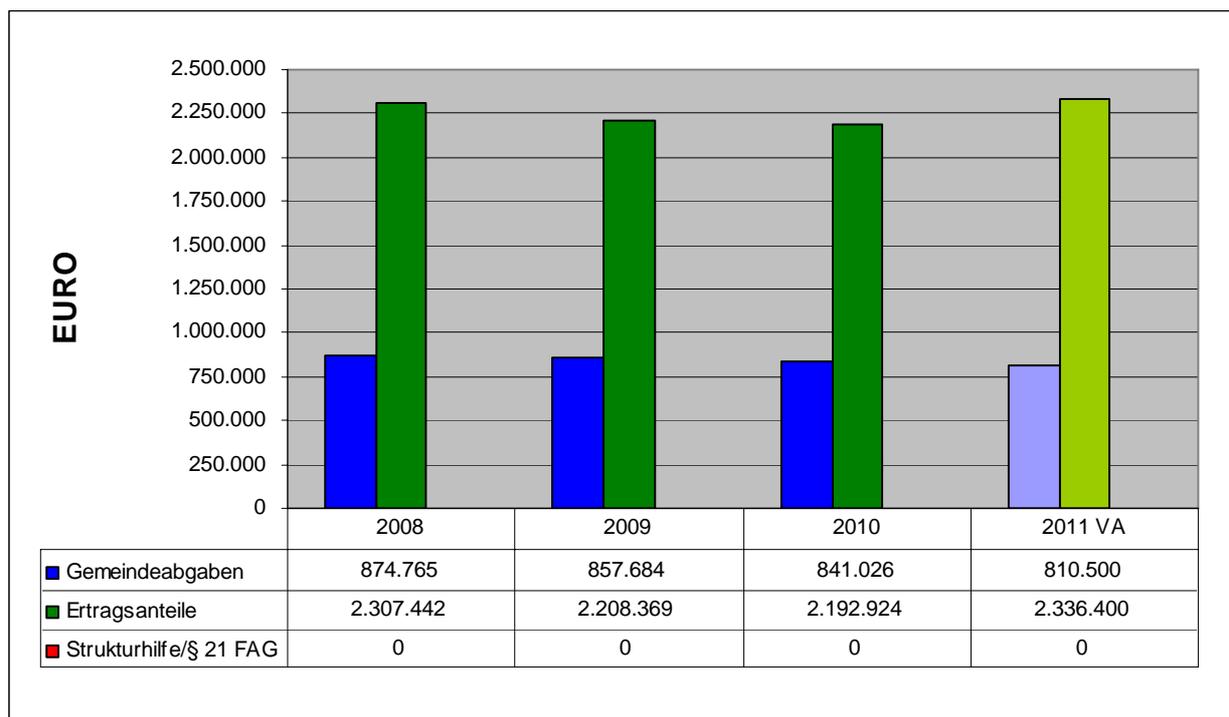
<sup>6</sup> Soll-Überschuss 2009: 828,16 Euro

<sup>7</sup> 2013: 34.800 Euro, 2014: 3.500 Euro

<sup>8</sup> Den Gesamtausgaben von 1.440.700 Euro stehen Gesamteinnahmen von 1.523.100 Euro gegenüber.

# Finanzausstattung

## Steuerkraft



Im Jahr 2010 rangierte die Marktgemeinde Lambach mit ihrer Finanzkraft im Vergleich mit allen öö. Gemeinden an 151. Stelle und nahm innerhalb des Bezirkes Wels-Land den 11. Platz ein. Dies bedeutet eine Verschlechterung um 14 bzw. 3 Plätze gegenüber dem Jahr 2005. Aus der Grafik ist zu ersehen, dass die Marktgemeinde nach wie vor stark von den Bundesabgaben-Ertragsanteilen abhängig ist. Der Anteil der Gemeindefgaben an der Steuerkraft war in den Jahren 2008 bis 2010 relativ stabil bei ca. 28 %.

Im Überprüfungszeitraum haben sich die Einnahmen aus den Gemeindefgaben<sup>9</sup> geringfügig von 874.765 Euro auf 841.026 Euro bzw. um 3,86 % verringert. Dies ist ausschließlich auf den Rückgang bei den Kommunalsteuereinnahmen in Höhe von 40.400 Euro bzw. 6,21 % zurückzuführen.

Auch die Einnahmen aus den "klassischen" Bundesabgaben-Ertragsanteilen<sup>10</sup> waren im Haushaltsjahr 2010 geringer als im Jahr 2008. Die Differenz beträgt 114.500 Euro oder 4,96 %.

## Steuern, Abgaben

### Grundsteuerbefreiungen

Die stichprobenweise durchgeführte Prüfung der Grundsteuerbefreiungsbescheide ergab eine Beanstandung. Es wurde die Übereinstimmung mit der Grundsteuerhebeliste sowie dem jeweiligen Steuer- und Abgabekonto festgestellt.

### Kommunalsteuer

Die Überprüfung der Kommunalsteuererklärungen ergab keinen Anlass zur Beanstandung. *Hinkünftig sind die eingereichten Erklärungen auch mit den vom Finanzamt übermittelten Dienstgeberbeiträgen (Liste der DB-pflichtigen Arbeitgeber) zu vergleichen<sup>11</sup>.*

### Steuer- und Gebührenrückstände

Insgesamt waren zum Ende des Finanzjahres 2010 laut Saldenliste und Rechnungsabschluss

<sup>9</sup> Unterabschnitt 920 minus Aufschließungs- und Erhaltungsbeiträge.

<sup>10</sup> Aufteilung nach dem Bevölkerungsschlüssel und die Unterschiedsbeträge.

<sup>11</sup> Dienstgeberbeiträge lt. Finanzamt : 3 x 2 = Kommunalsteuer

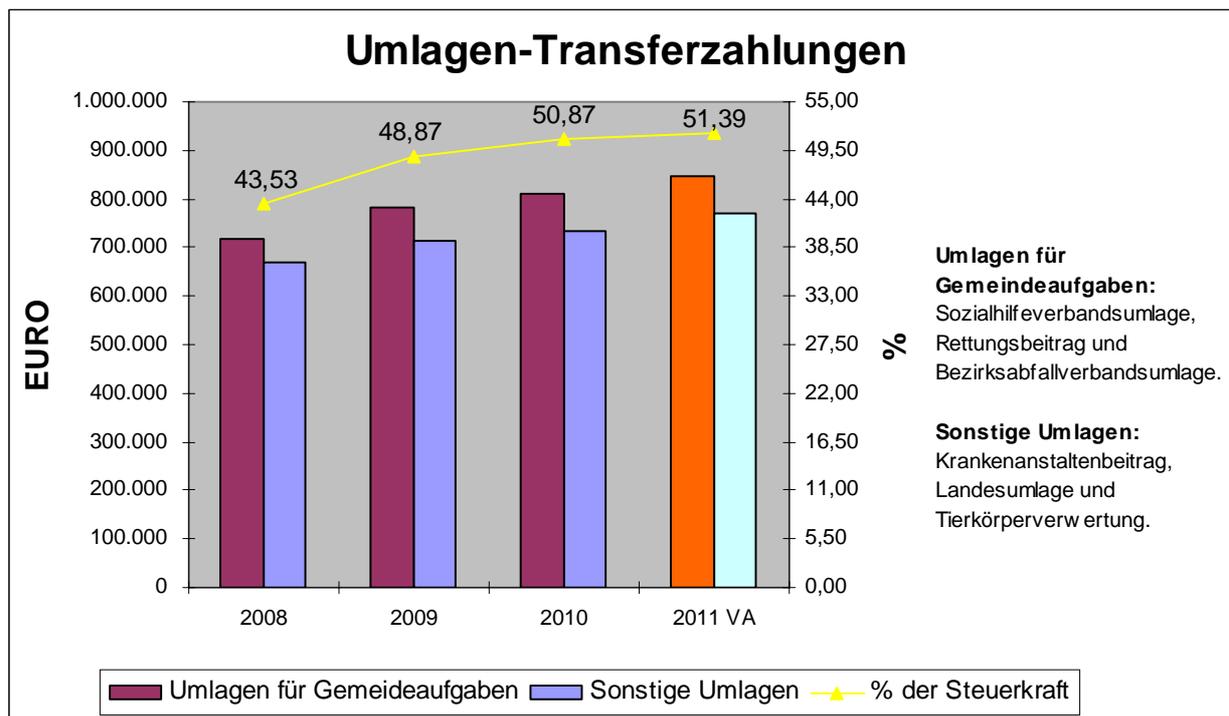
28.625 Euro an Steuer- und Gebührenrückstände aushaftend. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erhaltungsbeiträge Wasser	43 Euro
Erhaltungsbeiträge Kanal	72 Euro
Aufschließungsbeiträge Wasser	173 Euro
Hundeabgabe	200 Euro
Aufschließungsbeiträge Kanal	244 Euro
Wasserzählermiete	346 Euro
Aufschließungsbeiträge Straße	469 Euro
Kommunalsteuer	1.431 Euro
Lustbarkeitsabgabe	1.620 Euro
Müllabfuhrgebühr	2.260 Euro
Grundsteuer B	4.316 Euro
Wasserbezugsgebühr	4.797 Euro
Kanalbenützungsgebühr	12.654 Euro

Die angeführten Außenstände betreffen 54 Steuerpflichtige. Jedoch entfallen 39,52 % der Gesamtsumme auf lediglich zwei Steuerpflichtige. Die Marktgemeinde ist nach wie vor sehr engagiert, die Außenstände so gering wie möglich zu halten.

*Dennoch sind die Bemühungen zu intensivieren.*

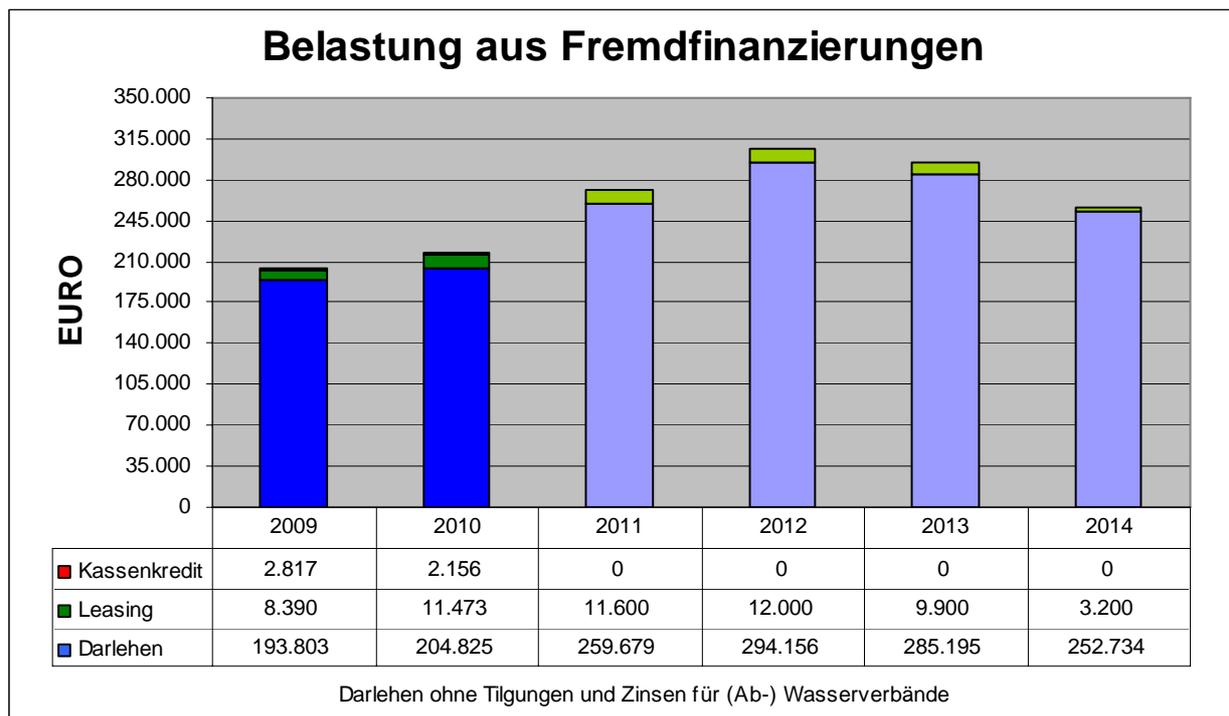
## Umlagen



Die Geldleistungen, welche die Marktgemeinde für die in der Grafik ausgewählten Bereiche in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringen hatte, lagen im Haushaltsjahr 2008 bei rd. 1.385.200 Euro und erhöhten sich bis zum Jahr 2010 kontinuierlich auf rd. 1.543.370 Euro. In dem angegebenen Zeitraum stiegen daher diese Pflichtausgaben um rd. 158.170 Euro bzw. 11,4 % an. Ein Großteil dieser Steigerung entfällt auf die Sozialhilfeverbandsumlage. Alleine bei dieser sind Mehrausgaben von 91.170 Euro oder 13,5 % zu verzeichnen. Der Krankenanstaltenbeitrag schlägt sich mit 80.710 Euro negativ zu Buche. Nur bei der Landesumlage ergab sich im Überprüfungszeitraum eine Reduzierung in Höhe von 16.450 Euro. Dies ist auf die niedrigeren Einnahmen aus den Bundesabgaben-Ertragsanteilen zurückzuführen.

Der Anteil an der Steuerkraft der Marktgemeinde lag im Jahr 2008 bei rund 43,3 %. Durch den Rückgang der Steuerkraft in den Jahren 2009 und 2010 sowie dem weiteren Anstieg der Pflichtausgaben erhöhte sich der Anteil auf 48,87 % bzw. 50,87 %. Laut Voranschlag setzt sich diese Tendenz im Haushaltsjahr 2011 fort. Auf Grund der präliminierten Einnahmen und Ausgaben ergibt sich sogar ein Anteil von 51,39 %.

## Fremdfinanzierungen



### Darlehen

Der Gesamtschuldenstand, inkl. der derzeit nicht belastenden Investitionsdarlehen<sup>12</sup> des Landes Oberösterreich, betrug zum Ende des Haushaltsjahres 2010 rund 3,23 Mio. Euro. Davon entfallen rund 73,6 % auf die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit<sup>13</sup>. Die restlichen 26,4 %, oder 852.585 Euro, nahm die Marktgemeinde für die Sanierung der Doppelhauptschule, den Kindergartenneubau sowie für die Sanierung des Garderobentraktes im Freibad auf.

Im ordentlichen Haushalt wurde im Jahr 2010 ein Netto-Betrag von 204.825 Euro für Darlehensrückzahlungen und -zinsen als Ausgabe verbucht. Dies entspricht 6,7 % der Steuerkraft. Die tatsächliche Belastung ist geringer, da die Rückzahlung der Wasser- und Kanalbaudarlehen vollständig durch Gebühreneinnahmen abgedeckt ist. Aus heutiger Sicht wird der Aufwand für die aufgenommenen Bankdarlehen in den Jahren 2011 und 2012 um bis zu 44 % steigen. Dies ist auf die einsetzenden Darlehenstilgungen, die für die Sanierung der Doppelhauptschule aufgenommen wurden, zurückzuführen. Durch die vollständige Rückzahlung von drei Darlehen in den Jahren 2012 und 2013 reduzieren sich in den Folgejahren die Darlehensannuitäten.

Die Darlehenszinssätze sind, bis auf fünf ehemalige Wasserwirtschaftsfonds-Darlehen, an einen Index gebunden. Mit Ausnahme des für den Wasserleitungsbau BA03 aufgenommenen Darlehens sind die jeweiligen Prozentauf- bzw. -abschläge als günstig zu bezeichnen. Der Zinssatz für dieses Darlehen beträgt derzeit 3,125 % (= 3/8 % über der Sekundärmarktrendite der Anleihen, gerundet auf 1/8 %). Diese Kondition ist schon seit längerem nicht mehr marktkonform.

*Mit dem betroffenen Kreditinstitut sind diesbezüglich Verhandlungen aufzunehmen.*

### Leasing

Der Ankauf eines Kommunalfahrzeuges (Kastenwagen für das Wasserwerk) und die Anschaffung der Computer inkl. Software für die Hauptschulen wurden über Leasing finanziert. Die Verträge sehen Laufzeiten von 48<sup>14</sup> bzw. 60<sup>15</sup> Monaten vor. Die Leasingraten belasten den ordentlichen Haushalt mit rund 11.500 Euro im Jahr.

<sup>12</sup> 933.863,71 Euro

<sup>13</sup> Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

<sup>14</sup> bis September 2013

<sup>15</sup> bis November 2014

## Kassenkredit

In den Jahren 2008 bis 2010 fielen nur geringe Kassenkreditzinsen an. Den Sollzinsen in Höhe von insgesamt 4.973 Euro steht ein Nettozinsertrag<sup>16</sup> von 1.629 Euro gegenüber. Dies ist vor allem auf die Inanspruchnahme von inneren Darlehen<sup>17</sup> zurückzuführen.

## Haftungen

Zum Ende des Jahres 2010 bestanden Haftungen in der Höhe von rd. 2,549 Mio. Euro, die ausschließlich den Reinhaltverband "Raum Lambach" betrafen.

## Rücklagen

Im Finanzjahr 2010 konnte einerseits den bestehenden Rücklagen aus dem ordentlichen Haushalt ein Betrag von insgesamt 296.200 Euro zugeführt werden und andererseits wurden vom Rücklagenbestand 107.586 Euro zur Finanzierung außerordentlicher Vorhaben verwendet. Somit verfügte die Marktgemeinde zum Jahresende 2010 über einen Rücklagenbestand von insgesamt 659.873 Euro. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

➤ Rücklage Schule	60.000 Euro
➤ Wasserversorgungsrücklage	81.204 Euro
➤ Abwasserbeseitigungsrücklage	102.562 Euro
➤ Mietzinsreserve	77.793 Euro
➤ Investitionsrücklage	338.314 Euro

Seit Jahren wird der Rücklagenbestand zur Gänze zur Verstärkung des Girokontos herangezogen. Die Darstellung dieses internen Darlehens erfolgt in der voranschlagsunwirksamen Gebärung (Verwahrgelder).

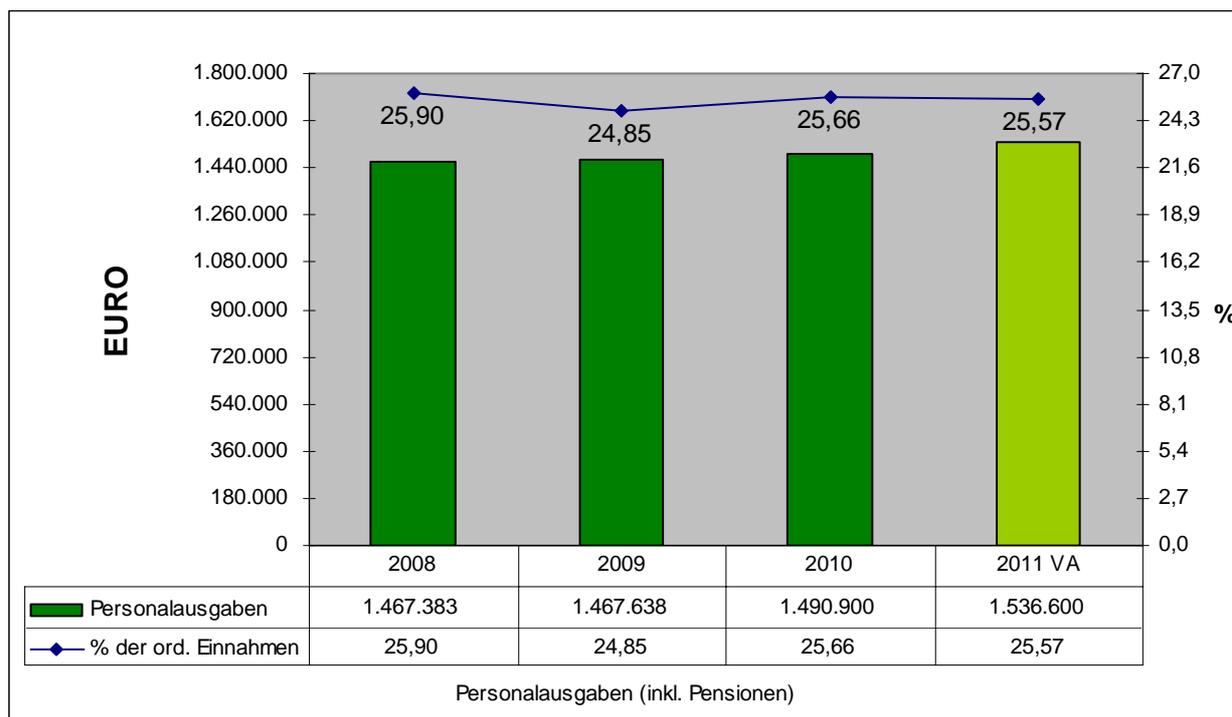
---

<sup>16</sup> Habenzinsen abzüglich Kapitalertragsteuer

<sup>17</sup> Die Marktgemeinde leiht sich vorübergehend Geld von den zweckgebundenen Rücklagen aus.

# Personal

## Personalausgaben



Die Personalausgaben sind seit dem Jahr 2008 geringfügig um 1,56 % bzw. 23.520 Euro gestiegen und betragen im Jahr 2010 1.490.900 Euro. Dies ist auf Personalreduzierungen in der Hauptverwaltung, Reinigung und Bauhof zurückzuführen. Andererseits kam es beim Kindergarten durch die Schaffung einer Krabbelstübengruppe zu einer Personalaufstockung.

Von den ordentlichen Einnahmen mussten 25,66 % für die Besoldung des Personals herangezogen werden. Dieser Prozentsatz ist in den letzten Jahren konstant.

*Da der Anteil des Personalaufwands an den Einnahmen des ordentlichen Haushalts mehr als 25 % beträgt, bedarf jede Änderung des Dienstpostenplans der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.*

## Dienstpostenplan

Im Jahr 2010 waren insgesamt 37 Bedienstete beschäftigt, wovon

- 11 Bedienstete (10,063 PE) inkl. Reinigungskraft auf die Hauptverwaltung mit einem Personalaufwand von rd. 471.700 Euro = ca. 36,5 %,
- 9 Bedienstete (6,775 PE) auf die Volks- und Hauptschulen mit einem Personalaufwand von rd. 235.900 Euro = ca. 18,3 %,
- 10 Bedienstete (7,119 PE) auf den Kindergarten mit einem Personalaufwand von rd. 284.100 Euro = ca. 22 % und
- 7 Bedienstete (7 PE) auf den Bauhof, das Freibad, die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung mit einem Personalaufwand von rd. 299.900 Euro = ca. 23,2 % entfallen.

In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 2.501 bis 3.500 können nach den geltenden Richtlinien in der Hauptverwaltung bis zu neun vollbeschäftigte Dienstposten geschaffen werden. Im Voranschlag für das Jahr 2011 ist der Dienstpostenplan für die Allgemeine Verwaltung entsprechend dem Personalstand mit 9,5 Personaleinheiten festgesetzt worden. Die Überschreitung des in den Dienstpostenplanverordnungen festgelegten Rahmens kann auf Grund der umfangreichen Gemeindeinfrastruktur und dem daraus resultierenden vermehrten Arbeitsanfall akzeptiert werden.

Der Personalstand in den anderen Bereichen entspricht dem Aufgabenumfang. Bei den Kinderbetreuungseinrichtungen wird das Beschäftigungsausmaß der Bediensteten dem Bedarf angepasst. Die Durchführung der Reinigungsarbeiten im Kindergarten und anderen Teilbereichen

wurden an eine Fremdfirma vergeben.

### **Aus- und Fortbildung**

Für die Aus- und Fortbildung wurden im Überprüfungszeitraum durchschnittlich rd. 1.510 Euro pro Jahr ausgegeben. Dies sind 0,12 % der Personalausgaben.

### **Mitarbeiter/innen-Gespräch als Zielvereinbarungsgespräch**

Auf die Bedeutung und den Nutzen von Mitarbeiter/innen-Gespräche als Zielvereinbarungsgespräche hat das Amt der Oö. Landesregierung mit Erlass IKD(Gem)-200213/3-2011-Dau vom 29. November 2011 hingewiesen. Ein entsprechendes Protokoll-Muster samt Erläuterungen wurde zur Verfügung gestellt.

*Die Mitarbeiter/innen-Gespräche als Zielvereinbarungsgespräche sollen daher hinkünftig auf allen Ebenen der Gemeindeverwaltung durchgeführt werden.*

### **Sonstige Feststellungen**

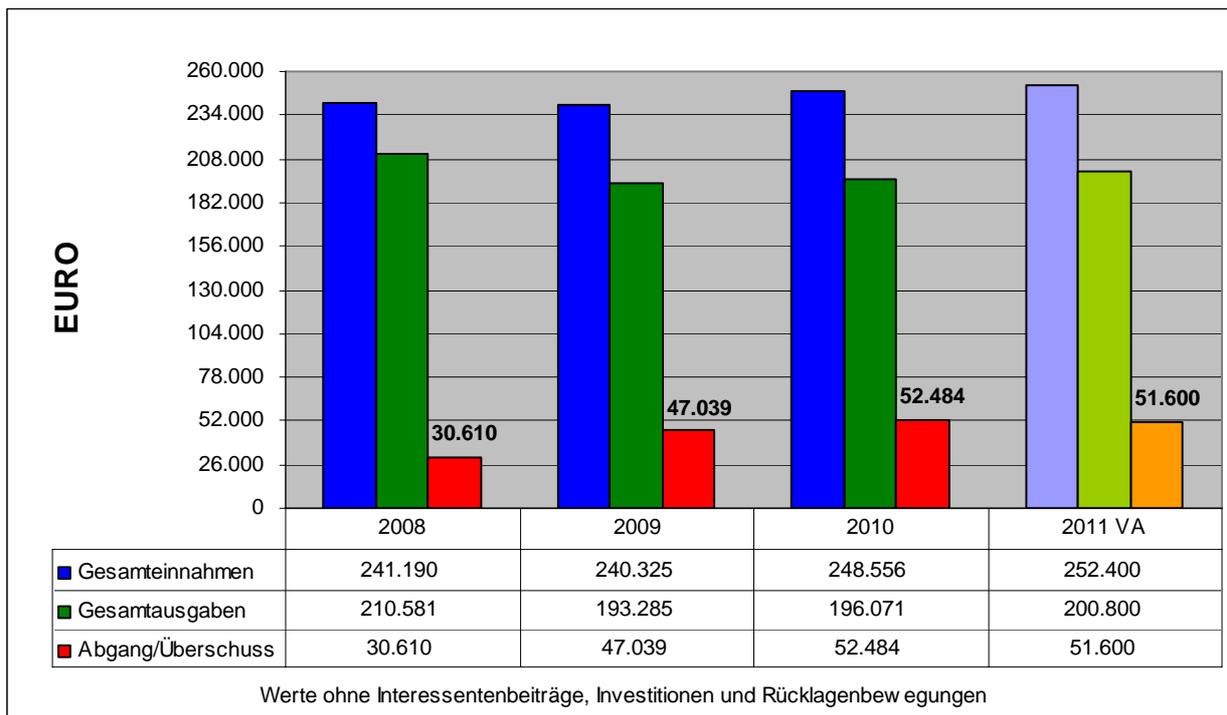
#### **Weihnachtsgutscheine**

Im Überprüfungszeitraum hat der Gemeindevorstand jährlich beschlossen, dass die Gemeindebediensteten zu Weihnachten Gutscheine bzw. Lambacher Taler erhalten. Im Jahr 2010 wurden dafür 2.780 Euro aufgewendet. Auf diese freiwillige Leistung wurde bereits in früheren Prüfungsberichten kritisch hingewiesen.

*Aus Gründen der Sparsamkeit sind daher jedenfalls den neu aufgenommenen Bediensteten diese Gutscheine bzw. Lambacher Taler nicht mehr zu gewähren.*

# Öffentliche Einrichtungen

## Wasserversorgung



Das Wasserleitungsnetz der Marktgemeinde Lambach hat eine Länge von 24,2 km und der Anschlussgrad beträgt fast 100 %. Die benötigte Wassermenge wird ausschließlich von einem Wasserdienstleistungsunternehmen bezogen. Im Kalenderjahr 2010 waren dies 174.854 Kubikmeter zu einem Preis von insgesamt 85.300 Euro. Dies ergibt einen Einkaufspreis von 0,4878 Euro pro m<sup>3</sup>. Im Wasserlieferungsvertrag aus dem Jahr 1993 verpflichtet sich die Marktgemeinde Wasser in der Bestellmenge von 1.165 m<sup>3</sup> pro Tag abzunehmen. Weiters hat sie eine Bezugsanwartschaft von bis zu 665 m<sup>3</sup> pro Tag. Da im Überprüfungszeitraum der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Tag nur ca. 500 m<sup>3</sup> betrug, sind die im Wasserlieferungsvertrag vereinbarten Wasserbezugsmengen von insgesamt 1.830 m<sup>3</sup> pro Tag viel zu hoch. Auf diesen Umstand wurde schon bei der letzten Gebarungsprüfung hingewiesen. Es hat auch diesbezüglich Gespräche mit dem Wasserdienstleistungsunternehmen gegeben. Der Wunsch der Marktgemeinde auf Reduzierung der Bestellmenge bzw. der Bezugsanwartschaft wurde abgelehnt. Begründet wurde dies mit dem Wasserlieferungsvertrag aus dem Jahr 1993. Da seit diesem Zeitpunkt weitere Gemeinden zum Wasserverband dazugekommen sind bzw. andere Gemeinde ihre Kontingente aufgestockt haben, müsste eine Reduzierung bei der Marktgemeinde Lambach möglich sein.

*Es sind daher nochmals, allenfalls mit ohnehin zur Verfügung stehender rechtsfreundlicher Unterstützung oder mit Unterstützung der Interessensvertretung, Verhandlungen mit dem Wasserdienstleistungsunternehmen zu führen.*

Der laufende Betrieb der Wasserversorgung erwirtschaftete in den Jahren 2008 bis 2010 einen Überschuss von insgesamt rund 130.130 Euro, wobei die Jahresüberschüsse kontinuierlich anstiegen. Durch die vollständige Tilgung von zwei Darlehen im Jahr 2012 bzw. 2013 reduziert sich die Belastung aus den Darlehensrückzahlungen um rund 20.000 Euro und sollte sich somit positiv auf die Betriebsergebnisse in den Folgejahren auswirken.

An Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen wurden in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt ca. 180.100 Euro eingenommen. Davon wurde ein Betrag von insgesamt 21.600 Euro für die Investitionen im ordentlichen Haushalt<sup>18</sup> und für die Zuführungen zur Wasserversorgungsrücklage<sup>19</sup> verwendet. Die restlichen rund 158.500 Euro wurden zur Verstärkung des ordentlichen Haushaltes herangezogen.

<sup>18</sup> 1.600 Euro

<sup>19</sup> 20.000 Euro

*Da es sich bei den Interessenten- und Anschließungsbeiträgen um zweckgebundene Einnahmen handelt, sind diese ausschließlich für die Finanzierung der Bauvorhaben, für die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage oder für die vorzeitige Tilgung von Darlehen zu verwenden.*

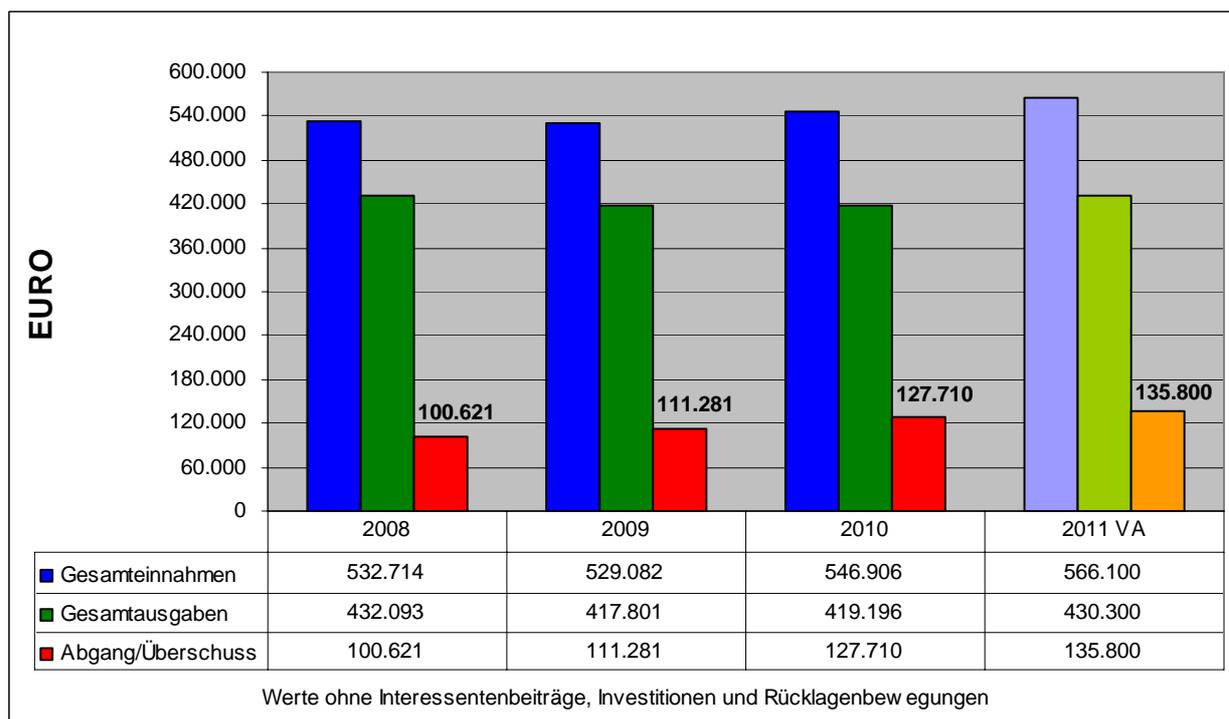
Die von der Gemeindeverwaltung erbrachten Leistungen werden dieser öffentlichen Einrichtung angelastet. Im Finanzjahr 2010 war dies ein Betrag von 7.978 Euro. Die von den Bauhofmitarbeitern geleisteten Arbeiten wurden mit ca. 8.700 Euro in Rechnung gestellt.

An Wasserbezugsgebühr wurde im Jahr 2010 ein Betrag von 1,41 Euro pro Kubikmeter Wasserverbrauch eingehoben und entsprach somit exakt der vom Land Oberösterreich geforderten Mindestgebühr. Auch in den Jahren 2008 und 2009 wurden die Landesvorgaben genau eingehalten. Die Mindestbezugsmenge pro Jahr und Haushalt beträgt 40 Kubikmeter. Für die Beistellung des Wasserzählers ist seit dem Jahr 1997 unverändert eine vierteljährliche Zählermiete in Höhe von 6 Euro zu entrichten.

Auch die Mindestanschlussgebühr entsprach im Überprüfungszeitraum immer dem nach den Förderungsrichtlinien des Landes geforderten Satz. Diese Mindestanschlussgebühr gilt für Bauwerke mit bis zu 150 m<sup>2</sup> Bemessungsgrundlage, darüber wird der entsprechende m<sup>2</sup>-Satz verrechnet.

Bei sämtlich angeführten Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten.

## Abwasserbeseitigung



Das ungefähr 20,7 km lange Kanalnetz wird von der Marktgemeinde betrieben. Der Entsorgungsgrad beträgt fast 100 %. Die Marktgemeinde Lambach ist Mitglied des RHV Raum Lambach, in dessen Kläranlage die Reinigung der Abwässer erfolgt. Die Reinigungs- und Wartungsarbeiten beim Kanalnetz sowie bei den Abwasserpumpwerken werden zum Großteil von den Bauhofmitarbeitern durchgeführt, Teilbereiche wurden an Fremdfirmen vergeben.

Der laufende Betrieb der Abwasserbeseitigung, in dem die Rücklagenzuführungen sowie die vereinnahmten Interessentenbeiträge nicht berücksichtigt sind, verzeichnete im Überprüfungszeitraum einen Überschuss in Höhe von insgesamt rund 339.600 Euro. Auch bei dieser öffentlichen Einrichtung entwickelten sich die Betriebsergebnisse in den letzten Jahren sehr positiv. Vom Gesamtüberschuss wurden 227.000 Euro der Abwasserbeseitigungsrücklage zugeführt, die restlichen 112.600 Euro dienten der Verstärkung des ordentlichen Haushaltes.

An Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen wurden in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt ca. 317.000 Euro eingenommen. Davon wurde ein Betrag von 69.400 Euro den Bauvorhaben im außerordentlichen Haushalt zugeführt. Die restlichen 247.600 Euro verblieben ebenfalls im ordentlichen Haushalt.

*Bezüglich der vereinnahmten Interessenten- und Aufschließungsbeiträge wird nochmals darauf hingewiesen, dass diese ausschließlich für die Finanzierung der Bauvorhaben, für die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage oder für die vorzeitige Tilgung von Darlehen verwendet werden dürfen.*

Im Überprüfungszeitraum lukrierte somit der ordentliche Haushalt aus dem Betrieb der Abwasserbeseitigung zusätzliche Mittel in der Höhe von insgesamt 360.200 Euro.

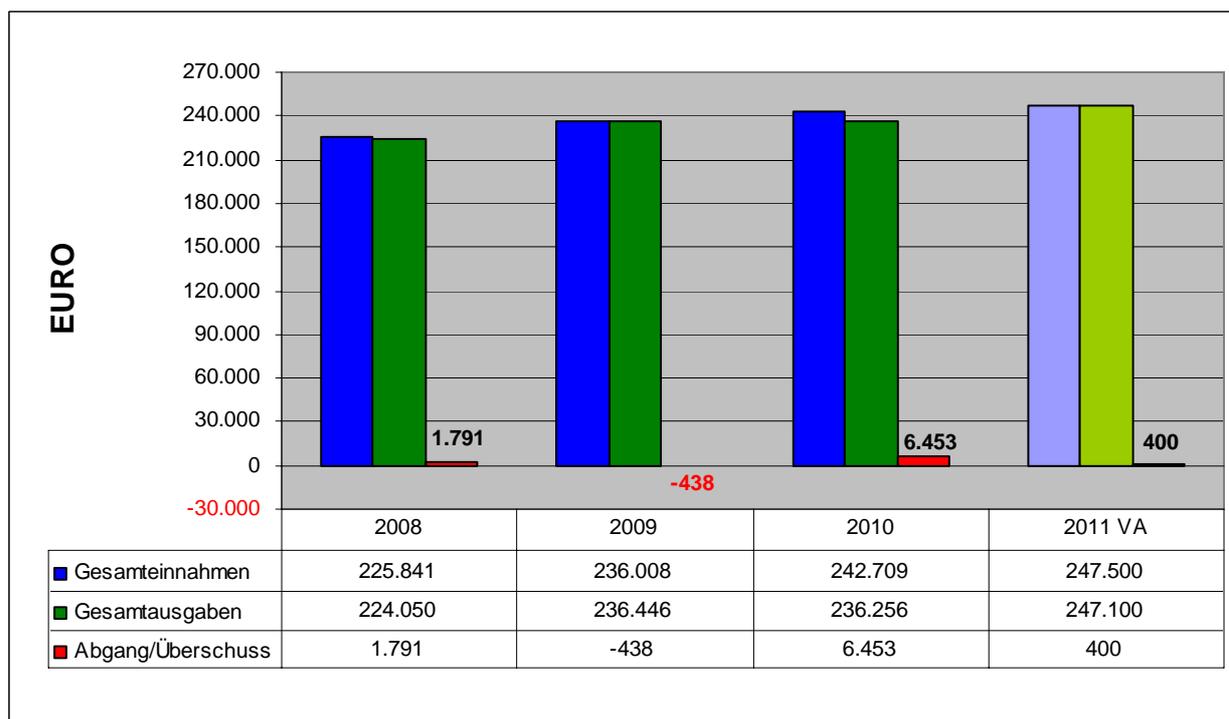
Die von den Bauhofmitarbeitern durchgeführten Arbeiten sowie die Inanspruchnahme der Gemeindefahrzeuge bzw. -geräte werden auf Grund der Aufzeichnungen entsprechend verrechnet. Im Finanzjahr 2010 war dies ein Betrag von 8.656,58 Euro. Die von der Gemeindeverwaltung erbrachten Leistungen wurden anteilmäßig in Höhe von 17.820 Euro dieser öffentlichen Einrichtung angelastet.

An Kanalgebühr wurde im Jahr 2010 ein Betrag von 3,48 Euro pro Kubikmeter Wasserverbrauch eingehoben und entsprach somit exakt der vom Land Oberösterreich geforderten Mindestgebühr. Auch in den Jahren davor wurde die Landesvorgabe genau eingehalten. Die jährliche Mindestgebühr wird mit einem Verbrauch von 40 Kubikmeter bezogenem Wasser berechnet.

Auch die Mindestanschlussgebühr entsprach im Überprüfungszeitraum immer dem nach den Förderungsrichtlinien des Landes geforderten Satz. Diese Mindestanschlussgebühr gilt für Bauwerke mit bis zu 150 m<sup>2</sup> Bemessungsgrundlage, darüber wird der entsprechende m<sup>2</sup>-Satz verrechnet.

Bei sämtlich angeführten Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten.

## Abfallbeseitigung



Der Betrieb der Abfallbeseitigung erwirtschaftete in den Jahren 2008 bis 2010 einen Überschuss in der Höhe von insgesamt 7.806 Euro. Auf Grund diverser Kostensteigerungen (z.B. Transportkosten, Entsorgungstarife, Sperrmüllabfuhr) war das Betriebsergebnis im Haushaltsjahr 2008 nur geringfügig positiv. Die Marktgemeinde reagierte darauf mit einer ca. 6 %-igen Gebührenanpassung, die im 2. Quartal 2009 in Kraft trat. Dennoch ergab sich im Jahr 2009 ein Abgang von 438 Euro. Durch die Mehreinnahmen bei den Abfallgebühren konnte dann im Haushaltsjahr 2010 wieder ein Überschuss erwirtschaftet werden.

Neben den von den Bauhofmitarbeitern erbrachten Leistungen verrechnet die Marktgemeinde auch eine Verwaltungskostentangente. Im Jahr 2010 war dies ein Betrag von 7.938 Euro.

Auf Grund der bekanntgegebenen Indexanpassung diverser Ausgaben erfolgte im 2. Quartal 2011<sup>20</sup> eine weitere Gebührenanpassung. Inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer werden derzeit folgende Gebühren verrechnet (inklusive der Behältermiete):

- Abfalltonne mit 60 Liter Inhalt 3,01 Euro (2 wöchentl.) 3,36 (4 wöchentl.)
- Abfalltonne mit 90 Liter Inhalt 3,94 Euro (2 wöchentl.) 4,28 (4 wöchentl.)
- Abfalltonne mit 120 Liter Inhalt 5,31 Euro (2 wöchentl.) 5,73 (4 wöchentl.)
- Abfalltonne mit 240 Liter Inhalt 9,59 Euro (2 wöchentl.) 9,99 (4 wöchentl.)
- Abfallcontainer mit 800 Liter Inhalt 27,00 Euro (wöchentlich) 27,87 (2 wöchentl.)
- Abfallcontainer mit 1.100 Liter Inhalt 33,91 Euro (wöchentlich) 34,73 (2 wöchentl.)
- Abfallsack mit 60 Liter Inhalt 4,10 Euro
- Bioabfallsack mit 120 Liter Inhalt 1,20 Euro

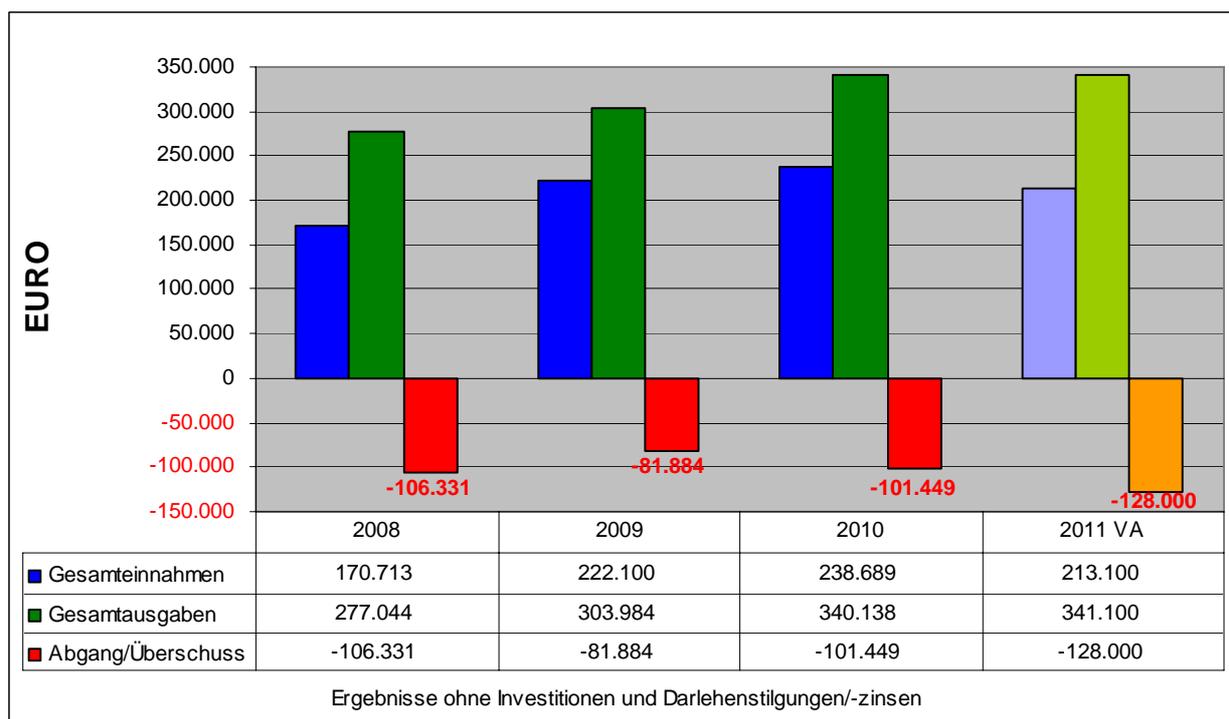
Zusätzlich zu diesen Abfallgebühren nach den Behältervolumen wird eine vierteljährliche Grundgebühr in der Höhe von 21,85 Euro (60, 90, 120 Liter Tonne), 43,71 Euro (240 Liter Tonne), 117,11 Euro (800 Liter Container) bzw. 168,59 Euro (1.100 Liter Container) verrechnet. Die Grundgebühr umfasst die Fixkostenanteile der Personalkosten, der Verwaltungsleistungen, der Sperrmüllabfuhr, der Abfuhr und Kompostierung der biogenen Abfälle, der Problemstoffsammlung, des Abfallwirtschaftsbeitrages, des Betriebes der Altstoffsammelinsel und der sonstigen Ausgaben.

Aufgrund des insgesamt positiven Gesamtergebnisses besteht kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

<sup>20</sup> Gemeinderatsbeschluss vom 16. Dezember 2010

## Kinderbetreuungseinrichtungen

### Kindergarten und Krabbelstube



Die Marktgemeinde Lambach betreibt eine fünfgruppige Kinderbetreuungseinrichtung nach den Bestimmungen des Oö. Kinderbetreuungsgesetzes. Diese verfügt über vier Kindergartengruppen und seit September 2009 über eine Krabbelstubengruppe. Die Kinderbetreuungseinrichtung wird mit Mittagsbetrieb geführt. Im Kindergarten wird eine Nachmittagsbetreuung angeboten<sup>21</sup>, in der Krabbelstube endet das Betreuungsangebot generell um 14.00 Uhr. Im Kalenderjahr 2010 besuchten durchschnittlich 97 Kinder diese Einrichtung.

In den Haushaltsjahren 2008 bis 2010 leistete die Marktgemeinde zum laufenden Betrieb dieser Kinderbetreuungseinrichtung Zuschüsse aus dem allgemeinen Budget von durchschnittlich 96.600 Euro pro Jahr. Der starke Rückgang des Abganges im Haushaltsjahr 2009 ist hauptsächlich auf die Einführung des Gratiskindergartens und den dadurch erstmals gewährten Landesbeitrag "Ersatz der Elternbeiträge" zurückzuführen. Das Beschäftigungsausmaß des Kindergartenpersonals wird den Erfordernissen angepasst. Die Reinigungsarbeiten wurden an eine Fremdfirma vergeben.

Im Jahr 2010 ist ein Gemeindebeitrag von 101.449 Euro zu verzeichnen. Auf Grund der bereits erwähnten durchschnittlichen Besuchszahl von 97 Kindern in der Krabbelstube und dem Kindergarten ergibt sich ein Gemeindezuschuss in Höhe von 1.046 Euro pro Kind und Jahr.

Seit 1. September 2009 ist der Kindergartenbesuch für Kinder mit Hauptwohnsitz in Oberösterreich vom vollendeten 30. Lebensmonat bis zum Schuleintritt beitragsfrei. Für die Betreuung der Kinder vor dem 30. Lebensmonat hat der Gemeinderat eine Elternbeitragsverordnung ausgearbeitet. Im Kindergartenjahr 2011/2012 wird für die Betreuung ein monatlicher Mindestbeitrag von 45 Euro und ein Höchstbeitrag von 160 Euro<sup>22</sup> bzw. 200 Euro<sup>23</sup> eingehoben. Die angeführten Mindest- und Höchstbeiträge sind indexgesichert und werden jeweils zu Beginn des neunten Arbeitsjahres angepasst, erstmals zu Beginn des Arbeitsjahres 2012/2013.

Für die Mittagsverpflegung wird aktuell ein Kostenbeitrag von 3,10 Euro pro verabreichter Mahlzeit eingehoben. Ab dem Jahr 2009 konnte mit den Einnahmen aus den Essenstarifen die Ausgaben für die eingekauften Fertiggerichte abgedeckt werden. Die Zubereitung der Speisen erfolgt durch eine Helferin.

<sup>21</sup> Öffnungszeiten: Montag - Donnerstag von 7:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Freitag von 7:00 Uhr bis 14:00 Uhr.

<sup>22</sup> Für eine Betreuungszeit von maximal 30 Wochenstunden.

<sup>23</sup> Für eine Betreuungszeit von mehr als 30 Wochenstunden.

In allen angeführten Tarifen ist die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten.

### Nachmittagsbetreuung der Volksschüler

Die Schülernachmittagsbetreuung in der Volksschule wird seit dem Jahr 2006 von einer privaten Organisation an den Schultagen, jeweils Montag bis Donnerstag in der Zeit von 11:30 Uhr bis 16:00 Uhr, durchgeführt. Darüber wurde im Jahr 2010<sup>24</sup> eine neue, unbefristete<sup>25</sup> Vereinbarung abgeschlossen. Die Marktgemeinde verpflichtet sich darin, die benötigten Räumlichkeiten im Volksschulgebäude und den entsprechenden Gartenbereich unentgeltlich zur Verfügung zu stellen sowie die Betriebsabgänge zu übernehmen. Die vom Betreiber vorgelegte Jahresabrechnung 2010 weist Personal- und Sachkosten von insgesamt 11.798 Euro aus. Diese konnten mit den eingenommenen Elternbeiträgen abgedeckt werden. Die monatlichen Tarife für die Nachmittagsbetreuung an 2 Wochentagen (50 Euro), 3 Wochentagen (70 Euro) und 4 Wochentagen (80 Euro) sind seit der Einführung im Jahr 2006 unverändert. Über diese von der Marktgemeinde eingehobenen Tarife liegt weder eine Tarifordnung noch ein Gemeinderatsbeschluss vor.

*Die Tarife für die Nachmittagsbetreuung sind daher umgehend durch eine entsprechende Tarifordnung zu regeln.*

Im Jahr 2010 nahmen durchschnittlich 22 Schulkinder die Nachmittagsbetreuung in Anspruch. In der vom Betreiber vorgelegten Jahresabrechnung sind jedoch keine Betriebs-, Instandhaltungs- und Reinigungskosten enthalten. Für die Mittagsverpflegung wird aktuell ein Kostenbeitrag von 3,40 Euro pro verabreichter Mahlzeit eingehoben. Im Jahr 2010 waren die Einnahmen aus den Essenstarifen um rund 870 Euro höher als die Ausgaben für die eingekauften Fertiggerichte. Die Zubereitung der Speisen erfolgt durch eine Reinigungskraft.

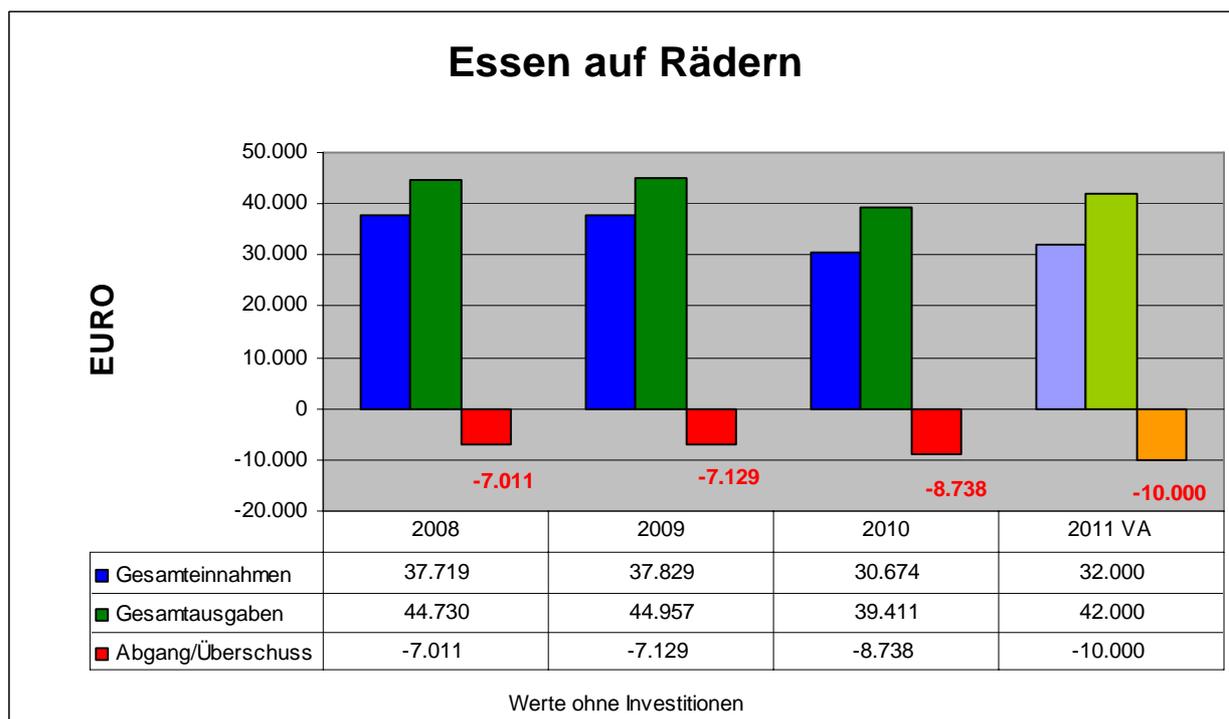
In allen angeführten Tarifen ist die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten.

---

<sup>24</sup> Gemeinderatsbeschluss vom 27. Oktober 2010

<sup>25</sup> Beide Vertragsparteien haben das Recht, diese Vereinbarung unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist schriftlich zu kündigen.

## Essen auf Rädern



Im Juli 2007 war die Marktgemeinde Lambach gefordert, kurzfristig eine Ersatzlösung zu finden, da die Essenslieferung von dem damit beauftragten Gastwirt binnen einer Woche eingestellt wurde. Die Lösung wurde in einer Kooperation mit dem Bezirksalten- und Pflegeheim sowie einem Taxiunternehmen gefunden. Diese wurde vom Gemeinderat in der Sitzung am 20. September 2007 nachträglich genehmigt. Die Essenslieferung wurde vom Bezirksalten- und Pflegeheim mit 5,20 Euro pro Essen (inkl. MWSt.) angeboten und wird auch in dieser Höhe bis jetzt verrechnet.

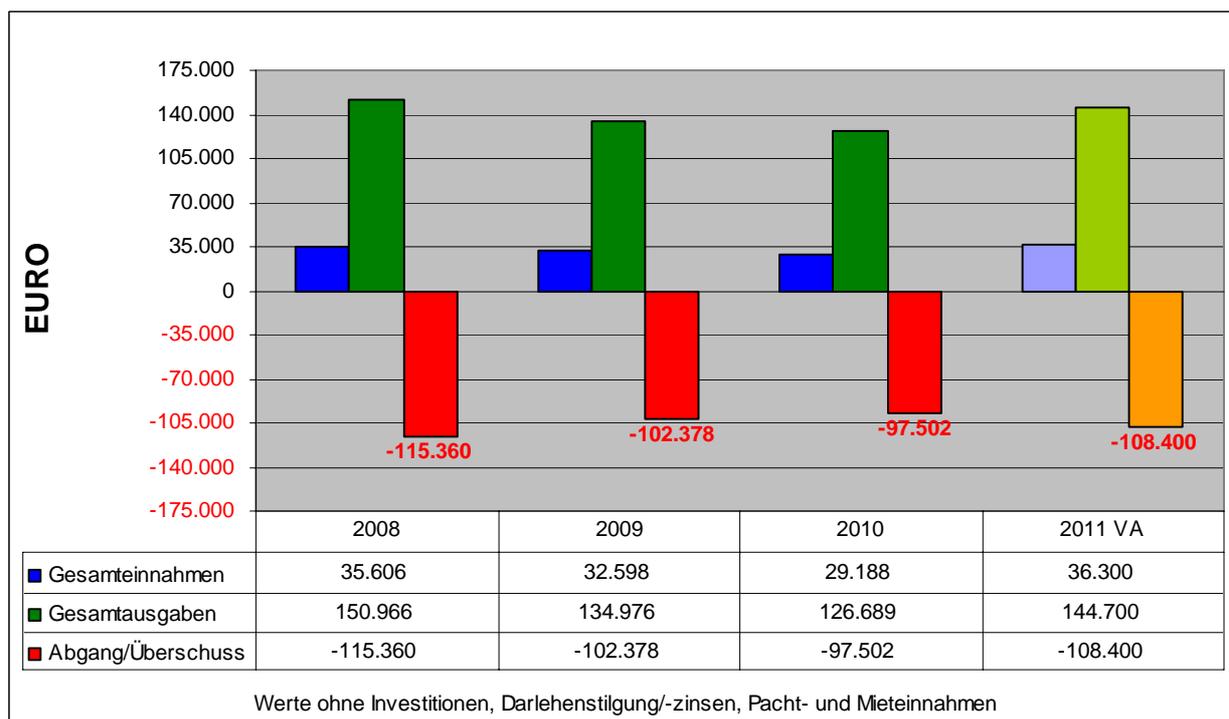
Die Essenzustellung wurde von dem Taxiunternehmen mit einer Tagespauschale von 33 Euro inkl. MWSt. für 12 Essensbezieher angeboten. In einem E-Mail aus dem Jahr 2010 wird das Tagespauschale bis 17 Teilnehmer mit 33 Euro und ab 18 Personen mit 37 Euro angeführt. Aus diesem Schreiben ist jedoch nicht ersichtlich, ob die angeführten Beträge die Umsatzsteuer enthalten oder nicht. Ein Vertrag wurde mit dem Taxiunternehmen nicht abgeschlossen. Tatsächlich wurde im Jahr 2010 bis einschließlich August das Tagespauschale mit 37 Euro netto zuzüglich 10% bzw. 20% MWSt. verrechnet, obwohl die Teilnehmerzahlen bis auf den Monat März unter 18 Personen lagen. Für die Monate September, Oktober und November wurde das Tagespauschale mit 33 Euro zuzüglich 20% MWSt. in Rechnung gestellt.

*Über den Essenstransport ist mit dem Taxiunternehmen ein entsprechender Vertrag auszuarbeiten, der die Bedingungen klar regelt und der dann vom Gemeinderat beschlossen wird.*

Diese öffentliche Einrichtung verursachte im Überprüfungszeitraum Abgänge von durchschnittlich 7.600 Euro pro Jahr. Von den Essensbeziehern wird pro Portion ein Betrag von 6,50 Euro eingehoben.

*Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass privatrechtliche Entgelte grundsätzlich kostendeckend festzusetzen sind.*

## Freibad



Im Mai 1998 ging das sanierte bzw. zu einem Erlebnisbad umgestaltete Freibad in Betrieb. Im Frühjahr 2010 musste der Garderobentrakt saniert werden.

Ohne die Darlehenstilgungen und -zinsen belastete der Betrieb dieser öffentlichen Einrichtung den Gemeindehaushalt im Überprüfungszeitraum mit einem durchschnittlichen Abgang in Höhe von ca. 105.080 Euro. Dazu kommt noch die Belastung aus der Rückzahlung der aufgenommenen Darlehen in Höhe von insgesamt ca. 49.000 Euro. Die anteiligen Verwaltungskosten werden derzeit dieser öffentlichen Einrichtung nicht angelastet.

*Zur Erzielung einer Kostenwahrheit sind diese in Zukunft zu verrechnen.*

Bezüglich der Öffnungstage und der Besucheranzahl ergibt sich folgende Statistik:

Jahr	Öffnungstage	Badegäste (Eintritte)	Abgang je Badegast	Abgang je Öffnungstag
2008	72	24.673	4,68 Euro	1.602,22 Euro
2009	63	20.667	4,95 Euro	1.625,04 Euro
2010	59	21.731	4,49 Euro	1.652,57 Euro

Anzumerken ist, dass der Spitzenwert an Besuchern am 12. Juni 2010 war, wo 997 Eintritte zu verzeichnen waren. Am 5. August 2010 hatte das Freibad für 4 Besucher vier Stunden lang geöffnet.

Für die Betreuung der Badeanlage stehen laut Dienstpostenplan drei Bauhofmitarbeiter mit jeweils 0,25 Personaleinheiten zur Verfügung. Die Gehälter wurden auch dementsprechend aufgeteilt. Die im Freibad anfallenden Mehrdienstleistungen werden finanziell abgegolten.

Obwohl in der Badesaison 2010 ein Bauhofmitarbeiter krankheitsbedingt ausgefallen ist, wurde dennoch ein Viertel seiner Personalkosten dieser Einrichtung angelastet. Wenn das Freibad wetterbedingt geschlossen ist und der dem Freibad zugewiesene Bauhofmitarbeiter in anderen Bereichen eingesetzt wird, laufen seine Personalkosten dennoch auf die Kostenstelle "Freibad".  
*In Zukunft sind die für das Freibad anfallenden Personalkosten genauer zu erheben.*

Für die Kassenaufsicht bzw. kleinere Reinigungsarbeiten wird eine Aushilfskraft herangezogen. In der Badesaison 2010 wurde die Badeaufsicht an den Wochenenden an eine private Organisation vergeben.

Die Badetarife wurden für die Freibadsaison 2011 neu festgelegt und sind generell als angemessen zu bezeichnen.

## Weitere wesentliche Feststellungen

### Mietverträge

Seit dem Jahr 2007 hat die Marktgemeinde Lambach eine gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mit der Hausverwaltung ihrer fünf Gemeindewohnhäuser<sup>26</sup> betraut. Dies sind insgesamt 56 Wohneinheiten. Finanziert wird diese Verwaltungstätigkeit durch den im Mietrechtsgesetz vorgesehenen Verwaltungskostenbeitrag, der direkt von den Mietern eingehoben wird. Die Verwaltung der vier Dienstwohnungen wird weiterhin von der Marktgemeinde wahrgenommen. Die Gemeindewohnhäuser erwirtschaften im laufenden Betrieb Überschüsse. Diese werden zum Teil der Mietzinsrücklage zugeführt. Umfangreiche Instandhaltungsarbeiten werden über diese Rücklage finanziert.

### Druckgeräte

Der Gemeindevorstand hat am 30. Oktober 2006 beschlossen, die im Gemeindeamt benötigten Druckgeräte bei einer Firma auf der "Pay per Page"-Basis anzumieten. Pro Schwarz-/Weißdruck werden 0,4517 Euro und pro Farbdruck 0,7248 Euro (jeweils ohne MWSt.) verrechnet. Der Vertrag hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Seitdem stehen den zehn am Gemeindeamt beschäftigten Bediensteten neun Drucker zur Verfügung. Diese Anzahl an Drucker ist kritisch zu hinterfragen, da bei vier Geräten im Jahr 2010 nur zwischen 1.500 und 4.700 Seiten gedruckt wurden. Werden diese Geräte jedoch auch in Zukunft tatsächlich benötigt, ist auch die Ankaufvariante zu prüfen.

*Da derzeit Verhandlungen über den Abschluss eines neuerlichen Vertrages geführt werden, sind diese Anmerkungen mit zu überlegen.*

### Straßenbeleuchtung

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 22. März 2001 mit einem Energieversorgungsunternehmen einen Contractingvertrag abgeschlossen. Gegenstand des Vertrages ist die Durchführung einer Energieverbrauchsreduzierung. Damit diese erreicht werden kann, wurde ein Maßnahmenkatalog in Höhe von ATS 2.140.249 (155.538 Euro) exkl. MWSt. vereinbart. Dieser Betrag wurde von dem Energieversorgungsunternehmen vorfinanziert, die Tilgung erfolgt in 180 Monatsraten zu ATS 18.025,96 (1.310 Euro) exkl. MWSt. Über die gesamte Laufzeit wurde eine fixe Verzinsung von 6 % vereinbart.

*Da dieser vereinbarte Fixzinssatz deutlich über dem aktuellen Zinsniveau der Gemeindedarlehen liegt, ist ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Contractingvertrag zu prüfen.*

## Gemeindevertretung

### Gemeinderat und Gemeindevorstand

Die Kollegialorgane müssen gemäß § 45 Abs. 1 bzw. § 57 Abs. 1 der Oö. Gemeindeordnung 1990 wenigstens einmal in jedem Vierteljahr zusammentreten. Im Überprüfungszeitraum sind die beiden Kollegialorgane diesen gesetzlichen Verpflichtungen nachgekommen.

In der Gemeinderatssitzung am 22. April 2010 stellte eine Fraktion den Antrag "zwei Tagesordnungspunkte von der heutigen Sitzung zurückzunehmen". Über diesen Antrag wurde auch abgestimmt. Diesbezüglich wird auf den § 46 Abs. 4 Oö. Gemeindeordnung 1990 hingewiesen, wonach der Vorsitzende berechtigt ist, einen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand vor Eintritt in die Tagesordnung von der Tagesordnung abzusetzen.

Gemäß § 46 Abs. 5 kann der Gemeinderat einzelne Tagesordnungspunkte oder die gesamte Sitzung durch Beschluss vertagen.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 14. Juni 2010 beschlossen, eine Eventagentur mit der Durchführung des "Altertümlichen Marktes" zu beauftragen und dafür einen Kostenrahmen von ca. 15.000 Euro vorzusehen. Freiwillige Leistungen in dieser Größenordnung fallen jedoch in die Kompetenz des Gemeinderates.

<sup>26</sup> Hafferstraße 7a und 20, K. Köttl-Straße 19 sowie A. Binna-Straße 2 und 4

*Die Bestimmungen der Oö. Gemeindeordnung 1990 sind zu beachten.*

## **Gemeindeinterne Prüfungen**

Der Prüfungsausschuss des Gemeinderates hat im Überprüfungszeitraum im 3. Quartal 2009 keine Prüfung vorgenommen und ist somit seiner gesetzlichen Verpflichtung (§ 91 Abs. 3 Oö. GemO 1990), neben der Prüfung der Rechnungsabschlüsse wenigstens einmal in jedem Vierteljahr zusammenzutreten, nicht nachgekommen.

*Auf die künftige Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wird hingewiesen.*

## **Aufwandsentschädigung und Sitzungsgelder**

In der Verordnung aus dem Jahr 1998<sup>27</sup> wurde festgelegt, dass die Höhe des Sitzungsgeldes für Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse 1,35 % des Bezuges eines nicht hauptberuflichen Bürgermeisters beträgt. Für den Obmann (Obmann-Stellvertreter) eines Ausschusses gebührt für die Vorsitzführung in einer Sitzung des betreffenden Ausschusses ein Sitzungsgeld in der Höhe von 2,7 %. Dies ergab im Jahr 2010 für die Teilnahme an Sitzungen 42,95 Euro und für die Vorsitzführung 85,90 Euro. Die Aufwandsentschädigung für Gemeindevorstandsmitglieder wurde mit 10 % festgesetzt.

Im Hinblick auf die mögliche Höchstgrenze<sup>28</sup> kann der Gemeinde ein sparsamer Umgang bei der Aufwandsentschädigung für Mandatäre bescheinigt werden.

## **Förderungen**

Die Gesamtausgaben für die freiwilligen Aufwendungen beliefen sich im Finanzjahr 2010 auf 129.390,70 Euro, das sind 4,26 % der Steuerkraft und entspricht exakt dem Wert, der bei der letzten Gebärungsprüfung für das Jahr 2005 errechnet wurde.

Auf die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang entfiel ein Betrag von insgesamt 57.779,87 Euro. Diese liegen somit mit 16,69 Euro je Einwohner geringfügig über dem von der Aufsichtsbehörde mit Erlass vom 10. 11. 2005 bekannt gegebenen maximalen Richtsatz von 15 Euro.

*Wenngleich die Marktgemeinde Lambach auf eine sehr gute Finanzsituation verweisen kann, wird zu prüfen sein, in welchen Bereichen der freiwilligen Ausgaben eingespart werden kann, um den Förderkriterien der Aufsichtsbehörde zu entsprechen.*

## **Gebärungsdarstellung und -abwicklung**

### **Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben**

Bei den Haushaltsstellen über die Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben wurden in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils Beträge veranschlagt, die die vorgegebenen Höchststrahlen<sup>29</sup> nicht erreichten. Im Finanzjahr 2010 wurde bei den Repräsentationsausgaben mit dem veranschlagten Betrag nicht das Auslangen gefunden. Im § 2 Abs. 6 Oö. GemHKRO ist geregelt, dass die Voranschlagsbeträge für Repräsentationsausgaben und Verfügungsmittel nicht überschritten werden dürfen.

*Diese gesetzliche Bestimmung ist einzuhalten.*

Die Bürgermeisterin hat im Überprüfungszeitraum den gesetzlichen Höchststrahlen der frei verfügbaren Mittel zu 33,07 % ausgenützt. Dieser Prozentsatz liegt deutlich unter jenem der letzten Gebärungsprüfung<sup>30</sup>.

<sup>27</sup> Gemeinderatsbeschluss vom 2. Juli 1998

<sup>28</sup> 3 % des Bezuges eines nicht hauptberuflichen Bürgermeisters.

<sup>29</sup> Gemäß § 2 Abs. 5 Z. 2 und 3 Oö. GemHKRO dürfen die Verfügungsmittel des Bürgermeisters 3 v.T. und die Repräsentationsausgaben 1,5 v.T. der veranschlagten Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes nicht überschreiten.

<sup>30</sup> 2001 bis 2005: durchschnittlich 43%.

## Versicherungen

Die Marktgemeinde Lambach hat im Jahr 1996 mit einem Versicherungsdienst einen Maklervertrag abgeschlossen. Im Laufe der Zeit hat sich jedoch eine gewisse Skepsis gegenüber diesem Versicherungsdienst herauskristallisiert. Daher wurde ein anderes Unternehmen beauftragt, sämtliche Versicherungsverträge auf Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit zu durchleuchten. Dieses Unternehmen errechnete eine jährliche Prämienreduzierung von ca. 12.700 Euro bei gleichzeitiger Optimierung der Polizzen. Auf Grund dieser Tatsache hat der Gemeindevorstand am 14. April 2009 beschlossen, den Versicherungsmakler zu wechseln und diesen mit der Aktualisierung der Versicherungsverträge zu beauftragen. Durch diese Maßnahme reduzierte sich der Versicherungsaufwand von 51.084,48 Euro im Jahr 2009 auf 37.567,11 Euro im Haushaltsjahr 2010. Dies ist eine Ersparnis von 13.517,37 Euro.

## Feuerwehrewesen

In der Marktgemeinde gibt es eine Feuerwehr<sup>31</sup>, für deren laufenden Betrieb die Marktgemeinde im Überprüfungszeitraum durchschnittlich rund 38.700 Euro aufgewendet hat. Auf die Einwohnerzahl lt. Volkszählungsergebnis 2001 umgelegt, ergibt dies einen Betrag von 11,91 Euro pro Einwohner und liegt somit im Bezirksdurchschnitt<sup>32</sup>. Ausgaben für Investitionen sind in diesem Zeitraum keine angefallen.

Die Marktgemeinde Lambach macht von der im § 23 Abs. 5 der Oö. GemHKRO eingeräumten Möglichkeit Gebrauch, bestimmte Voranschlagskredite in die Eigenverantwortung der FF. Lambach zu übertragen. Im Überprüfungszeitraum war dies ein jährlicher Betrag von 30.000 Euro. Die ordnungsgemäße Verwendung dieser Mittel wird durch die Vorlage eines Feuerwehr-Rechnungsabschlusses nachgewiesen.

---

<sup>31</sup> FF. Lambach

<sup>32</sup> 11 Euro bis 12 Euro pro Einwohner

## Außerordentlicher Haushalt

Finanzbedarf außerordentlicher Haushalt / Stand Dezember 2010			
Vorhaben	Soll-Fehlbetrag	dzt. bedeckt durch	Fördermittel gesichert
Ausbau Hauptschulgebäude	268.027,21	inneres Darlehen	0,00
Neubau Kindergarten	76.600,00	inneres Darlehen	76.600,00
Sanierung Kanal Altbestand	78.375,78	inneres Darlehen	0,00
<b>GESAMT</b>	<b>423.002,99</b>		<b>76.600,00</b>
Finanzbedarf - unbedeckt: 346.402,99			

### Erweiterung, Sanierung und Adaptierung der Hauptschulen 1 und 2

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 10. Dezember 2008 den vom Amt der Oö. Landesregierung ausgearbeiteten Finanzierungsplan mit einer Gesamtsumme in Höhe von 2.786.138 Euro beschlossen. Das Vergaberecht wurde vom Gemeinderat mittels Verordnung an den Gemeindevorstand übertragen. Auf Grund der Kostensteigerungen und der weiteren Zusatzmaßnahmen wurde im Jahr 2010 der Kostenrahmen um 1.037.300 Euro erhöht. Diese zusätzlichen Kosten sollen vorerst durch eine Darlehensaufnahme finanziert werden. Das Amt der Oö. Landesregierung teilte mit, dass über eine etwaige Gewährung von weiteren Schulbaufördermitteln zu einem späteren Zeitpunkt entschieden wird. Für die einzelnen Gewerke wurden mindestens sieben bis maximal fünfzehn Firmen zur Anbotlegung eingeladen. Die Arbeitsaufträge wurden jeweils an den Bestbieter vergeben.

Das Bauvorhaben wurde in der Zwischenzeit abgeschlossen. Die vom Projektanten vorgelegte Massen- und Kostenaufstellung weist eine Gesamtsumme von 4.046.097,01 Euro inkl. MWSt aus. Unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Kostensteigerungen auf Grund der Entwicklung des Baukostenindex ist festzuhalten, dass der Kostenrahmen um 27.663,90 Euro unterschritten wurde.

### Errichtung eines Zubaus beim Kindergarten

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 25. Juni 2009 den Grundsatzbeschluss gefasst, den erforderlichen Kindergartenzubau zu errichten. Die Gesamtkosten für diesen Zubau wurde von einem Architektenbüro mit 598.756,80 Euro (inkl. MWSt.) geschätzt. Am 17. September 2009 hat der Gemeinderat den vom Amt der Oö. Landesregierung erstellten Finanzierungsplan über die Gesamtsumme von 379.800 Euro beschlossen. Für die einzelnen Gewerke wurden mindestens fünf bis maximal achtzehn Firmen zur Anbotlegung eingeladen. Die Arbeitsaufträge wurden jeweils an den Bestbieter vergeben.

Dieses Bauvorhaben wurde im Jahr 2010 baulich abgeschlossen. Die Endabrechnung ergab einen Betrag von 367.587,91 Euro. Die Ausfinanzierung erfolgte im Jahr 2011 durch die Gewährung der restlichen Landesmittel.

### Sanierung und Umbau des alten Kindergartens

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 8. November 2007 den Grundsatzbeschluss gefasst, das Projekt der Sanierung bzw. des Umbaus des alten Kindergartens für Zwecke der Landesmusikschule, eines Chorprobenraumes und Räumlichkeiten für den Jugendclub weiter zu verfolgen. In der Gemeinderatssitzung am 26. Juni 2008 wurde ein Architekturbüro mit der Vorentwurfsplanung beauftragt. Bis auf die Ausarbeitung der Einreichplanung und die Durchführung der Bauverhandlung wurden bis jetzt keine weiteren Schritte gesetzt. Die aktuelle Kostenschätzung sieht Gesamtkosten in Höhe von 1.016.530,39 Euro (exkl. MWSt.) für dieses Bauvorhaben vor.

## Gemeindestraßenbau

Für den Ausbau von Gemeinde- und Siedlungsstraßen entstanden in den Jahren 2008 bis 2010 Kosten von insgesamt 262.436 Euro. Diesen Ausgaben standen folgende Einnahmen gegenüber:

➤ Interessentenbeiträge	17.914,00 Euro	7,21 %
➤ Landeszuschüsse	37.000,00 Euro	14,90 %
➤ Bedarfszuweisungsmittel	79.700,00 Euro	32,09 %
➤ Anteilsbeträge o.H.	<u>113.747,00 Euro</u>	<u>45,80 %</u>
	<u>248.361,00 Euro</u>	<u>100,00 %</u>

Bei diesem Bauvorhaben ergab sich daher in den drei Jahren ein Fehlbetrag von 14.076 Euro. Dieser konnte mit dem Soll-Überschuss aus dem Finanzjahr 2007 in Höhe von 14.197 Euro bedeckt werden. Somit verblieb per 31. 12. 2010 ein Soll-Überschuss in Höhe von 121 Euro.

Vom Gemeinderat wurde jährlich ein entsprechendes Straßenbauprogramm beschlossen.

## Sanierung Garderobentrakt Freibad

Der Grundsatzbeschluss über die Sanierung des Garderobentraktes wurde vom Gemeinderat in der Sitzung am 24. April 2008 gefasst. Die Kosten wurden mit ca. 141.000 Euro (inkl. MWSt.) geschätzt. In der Gemeinderatssitzung am 26. Februar 2009 wurde der vom Amt der Oö. Landesregierung ausgearbeitete Finanzierungsplan in Höhe von insgesamt 178.811 Euro beschlossen. Für die einzelnen Gewerke wurden mindestens sieben bis maximal achtzehn Firmen zur Anbotlegung eingeladen. Die Arbeitsaufträge wurden jeweils an den Bestbieter vergeben. Die baulichen Maßnahmen wurden im Frühjahr 2010 durchgeführt. Insgesamt fielen Kosten in Höhe von 146.839,64 Euro an die durch entsprechende Einnahmen finanziert wurden.

## Schlussbemerkung

Im Überprüfungszeitraum konnten im ordentlichen Haushalt frei verfügbare Mittel in Höhe von rund 1,2 Mio. Euro erwirtschaftet werden. Neben einer sparsamen und wirtschaftlichen Gebahrungsführung ist dies hauptsächlich auf die laufenden Transferzahlungen der ehemaligen Gemeindesparkasse sowie auf die im ordentlichen Haushalt verbliebenen Interessenten- und Aufschließungsbeiträge zurückzuführen. Auch die im ordentlichen Haushalt verbliebenen Überschüsse aus den Betrieben der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und der Abfallbeseitigung trugen dazu wesentlich bei. Diese Finanzmittel wurden für die Bauvorhaben im außerordentlichen Haushalt und für die Bildung von Rücklagen verwendet.

Im Jahr 2016 wird die Landesausstellung in Lambach und Stadl-Paura durchgeführt. In Vorbereitung auf diese Veranstaltung ist mit umfangreichen Investitionstätigkeiten zu rechnen.

Für die konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Prüfung wird ein Dank ausgesprochen. Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und die erforderlichen Auskünfte gerne gegeben.

Das Ergebnis der Prüfung wurde im Rahmen der Schlussbesprechung am 21. Dezember 2011 der Bürgermeisterin, dem Amtsleiter und den Mitarbeitern der Finanzabteilung präsentiert. Bezüglich der Prüfungsfeststellungen und der Empfehlungen wurde dabei weitgehend eine übereinstimmende Auffassung erzielt.

Wels, 31. August 2012

Der Prüfer:

Martin Sagmeister

Der Bezirkshauptmann:

Dr. Josef Gruber